

Nahost Reader

**produziert von der Achse
des Friedens Berlin**

**mit Artikeln von Gilbert Achcar, Bassem Chit,
Rim Farha, Mohssen Massarrat, Norman
Paech, Nabil Rachid, Regina Sternal und
Irmgard Wurdack**



Dezember 2005 Version

Einleitung	3
Phil Butland, Achse des Friedens	
Irak-Krieg: Vorbild für Syrien?	4
Interview mit Rim Farha	
Mit einer großen Lüge in einen neuen Krieg.....	5
Mohssen Massarrat	
Nicht er bedroht den Weltfrieden	8
Irmgard Wurdack	
Libanon: die gefährlichen Auswirkungen der US-Einmischung.....	12
Interview mit Gilbert Achcar	
Die Kosten der US- Politik im Libanon	16
Bassem Chit	
Gefangen in Israel	23
Nabil Rachid	
Ist Frieden im Nahen Osten möglich?	26
Nabil Rachid	
Presseerklärung: Rot-Grün finanziert Aufrüstung in Nahost.....	29
Norman Paech MdB	
Bericht von der dritten Kairo-Konferenz (März 2005)	30
Regina Sternal	

Einleitung

Phil Butland, Achse des Friedens

Dieser Reader ist der zweite - aber hoffentlich nicht der letzte - den die Achse des Friedens Berlin als einen Beitrag zu wichtigen Debatten in der Friedensbewegung produziert. Wir haben diesen Reader in Zusammenhang mit einer Veranstaltungsreihe über den Nahen Osten zusammengestellt. Die Veranstaltungsreihe fing am 08.12. 2005 mit einem Bericht vom Syrischen Botschafter an. Weitere Veranstaltungen planen wir für 2006.

Nur mit Frieden im Nahen Osten werden wir dem Weltfrieden näher kommen. Als zentrale Öregion spielt der Nahe Osten eine wichtige Rolle für Bushs "Project for a New American Century". Die USA streben die Kontrolle alle Ölvorkommen an. Deswegen haben Bush Senior und Junior Kriege gegen Irak geführt. Deswegen gibt es die völkerrechtswidrige Besatzung in Irak. Deswegen gehören Iran und Syrien zu Bushs "Achse der Bösen".

Die USA verfolgen eine Doppelstrategie in Nahost. "Schurkenstaaten" wie Iran und Syrien werden bedroht, aber anderen Staaten werden finanziell unterstützt, um die US Politik durchzuführen. Am deutlichsten sehen wir diese Politik in Israel (immer noch die größte Gewinner von US Außenhilfe und Waffenlieferung) und bei der Marionettenregierung in Irak. Aber auch die umstrittenen Regime in Saudi-Arabien und Ägypten profitieren von Bushs Versuch, die Region militärisch und ökonomisch zu kontrollieren.

Am 15.02.2003 haben Millionen weltweit gegen Krieg demonstriert. In den meisten Ländern in Nahost waren die Demonstrationen klein, teils wegen der staatlichen Repressionen, teils weil sich die Leute in arabischen Ländern isoliert gefühlt haben. Der 15.02. hat gezeigt, dass die Risse in der Gesellschaft nicht den "Clash of Civilizations" zeigen, sondern die Mehrheit, die gegen Krieg ist und die kleine Minderheit, die für Krieg ist.

Der 15.02. ermutigte die Menschen in Nahost - gegen den US-Imperialismus aber auch gegen ihren eigenen Regierungen - aktiv zu werden. In den letzten 2½ Jahren hat es viele Aktionen dort gegeben, von denen wir lernen können. Dieser Reader - und die Berliner Veranstaltungsreihe - ist ein Versuch, die Situation in der Region zu beschreiben, und eine Debatte zu eröffnen über konkrete Ost-West Solidarität gegen Krieg.

In diesem Reader

- **Rim Farha** schreibt über Syrien.
- **Mohssen Massarrat** und **Irmgard Wurdack** schreiben über Irak.
- **Gilbert Achcar** und **Bassem Chit** schreiben über Libanon.
- **Nabil Rachid** and **Norman Paech MdB** schreiben über Israel/Palästina.
- **Regina Sternal** berichtet von dem dritten Kairo Konferenz.

Leider fehlt uns der Platz in diesem Reader, was über Irak zu schreiben. Die Achse des Friedens hat aber mit der Vorbereitung 2 existierenden Irak Reader beigetragen: für die Irak Konferenz in März 2005 und die verweigerte Tour mit Irakischen Gewerkschaften im Herbst 2005 - jetzt bis Frühling 2006 verlegt. Diese Reader sind unter <http://www.irakkonferenz.de/050312konferenz/docus/reader.pdf> und <http://www.labournet.de/internationales/iq/2005tourreader.pdf> verfügbar.

Für mehr Information über die Achse des Friedens bitte unser Website (www.achse-des-friedens.de) besuchen oder Hans-Peter Richter (A-HPR@t-online.de) mailen. Für Information über diese oder weitere Readers, bitte Phil Butland (philbutland@yahoo.com) mailen.

Irak-Krieg: Vorbild für Syrien?

Interview mit Rim Farha

Was wird Syrien eigentlich vorgeworfen?



Angeblich unterstützt Syrien Terroristen. Im Februar wurde der libanesische Ex-Premierminister Rafik Hariri in Beirut ermordet. Syrien hatte seit 1991 mit Einverständnis der USA Soldaten im Libanon stationiert. Daraus wird Syrien jetzt ein Strick gedreht. Der Report des deutschen UN-Sonderberichterstatters Mehlis behauptet, daß Syrien den Mord organisiert oder zumindest davon gewusst habe. Außerdem gibt es sowohl in Syrien als auch im Libanon große palästinensische Flüchtlingslager. Israel wirft Syrien vor, den palästinensischen Widerstand zu unterstützen.

Hat Staatsanwalt Mehlis Beweise vorgelegt?

Nein. Er stützt sich auf unglaubwürdige, korrupte Zeugen und auf die Annahme, dass Syrien von so einem großen Attentat schlicht gewusst haben muss. Aber nicht nur bestreitet die syrische Regierung, die inzwischen alle Truppen aus dem Libanon abgezogen hat, die Vorwürfe. Sie hat den Tod Hariris ausdrücklich bedauert, hat mit Mehlis kooperiert und ihn sogar ins Land gelassen, wie der Sicherheitsrat bestätigt hat. Aber Mehlis agiert eindeutig nicht neutral. Er tut dasselbe wie UN-Ermittler Hans Blix, der 2003 mit seinem Report den Weg vorbereitet und freimachte für den Angriff auf den Irak. Wirkliche Ermittlungen gibt es nicht.

Hatte Syrien ein Motiv für das Attentat?

Das Attentat hat die Beziehungen zwischen dem Libanon und Syrien zerstört. Außerdem stellt sich nun neben den USA auch die UN gegen Syrien. Wenn Syrien also ein Motiv hatte, dann war das Selbstmord. Der politische Effekt des Attentats ist eine Schwächung Syriens. Davon profitieren die USA und Israel, aber sicher nicht Syrien.

Ist es Zufall, dass Syrien gleichzeitig mit dem Iran von Sanktionen bedroht wird?

Schon 2002 hat US-Präsident Bush beide Staaten als Schurkenstaaten bezeichnet. Bis auf Syrien und Iran sind alle Nachbarstaaten des Irak Alliierte der USA. Ziel ist die Schwächung aller widerständigen Staaten. Weil Syrien schwächer ist, wird aus nichtigem Anlass ein starker Druck aufgebaut. Ich halte deshalb einen Angriff auf Syrien früher oder später für wahrscheinlich. Die neue UN-Resolution gibt Syrien bis zum 15. Dezember Zeit, um noch mehr mit der UN zu kooperieren. Sonst droht der Sicherheitsrat mit "weiteren Maßnahmen". Diese Bedingungen sind ein absichtlicher Angriff auf die Souveränität Syriens.

Gibt es einen Ausweg ?

Hoffentlich. Wenn Syrien oder Iran angegriffen werden, steht die ganze Region in Flammen. Während Syrien sich aus dem Libanon ausgezogen hat, hält Israel weiterhin die syrischen Golan-Höhen und die Westbank besetzt. Israels Atomwaffen sind die eigentliche Gefahr. Wir brauchen eine atomwaffenfreie Zone im ganzen Nahen Osten. Erst dann gibt es eine Chance auf echten Frieden. Einen Überfall auf Syrien nach dem Muster des Irak müssen wir unbedingt verhindern.

Mit einer großen Lüge in einen neuen Krieg

Rim Farha ist aktiv in der Friedensbewegung und der Solidaritätsarbeit. Sie wurde in Damaskus geboren und ist Linke. PDS-Verordnete im Berliner Bezirk Lichtenberg und Mitglied der Achse des Friedens in Berlin. Dieses Interview wurde von Paul Grasse geführt.

Mit einer großen Lüge in einen neuen Krieg

Die EU ist auf dem besten Wege, zum Mittäter eines US-Krieges gegen Iran zu werden

Mohssen Massarrat

Es geht nicht mehr nur darum ob, sondern wann sich der UN-Sicherheitsrat damit befasst, um gegen den Iran Sanktionen zu verhängen. Das wollte die Bush-Regierung von Anfang an. Die EU hat sich inzwischen der Position der US-Regierung angeschlossen, nachdem ihre Diplomatie gescheitert ist. Die drei EU-Staaten England, Deutschland und Frankreich sind der Meinung, sie hätten mit ihrem umfassenden Kompromißvorschlag bereits alles Erdenkliche unternommen.

Das EU-Angebot kaschiert die Selbstblockade

Irans Diplomaten wiesen den 34 Seiten umfassenden Vorschlag aus London, Berlin und Paris postwendend als unannehmbar und als eine "Beleidigung für das iranische Volk" zurück, er sei "extrem lang, wenn es um die Forderungen an den Iran geht und absurd kurz, wenn es um die Angebote an den Iran geht".

Pokern Irans Hardliner wieder und reizen sie ihre Möglichkeiten aufs Äußerste aus oder haben sie für ihr unmissverständliches Nein zum EU-Vorschlag gute und rationale Gründe, vor denen sich eine aufgeklärte Öffentlichkeit im Westen nicht verschließen könnte? Dazu sollte man sich die Mühe nicht ersparen, den sogenannten Kompromiß näher unter die Lupe zu nehmen: Bei den umfangreichen wirtschaftlichen Anreizen geht es z. B. um technologische Kooperationen im Bereich Öl und Gas, Landwirtschaft und Wasserversorgung, somit nicht um neue Anreize, sondern im Wesentlichen um eine Vielzahl von Projekten, die längst vereinbart bzw. begonnen worden sind.

Je stärker aber die US-Interessen im Mittleren Osten tangiert werden, desto unverbindlicher werden die EU-Drei in ihrem Angebot. Bei Themen, die Washington missfallen, Iran aber Vorteile brächten, wie z.B. Aufhebung von Handelsdiskriminierungen, Aufnahme in die Welthandelsorganisation, Ersatzteillieferungen für die iranische Zivilluftfahrt, erklären sich die EU-Drei nur unverbindlich bereit, Iran zu unterstützen. Was das für den Iran besonders wichtige asiatische Pipeline-Projekt (zwischen dem Kaspischen Meer und dem Persischen Golf) angeht, signalisieren die EU-Drei lediglich ihre Bereitschaft zu einer "Diskussion".

Großzügiger und verbindlicher ist das EU-Angebot jedoch bei der Zusicherung zur Bereitstellung von Brennstäben für die Atomenergie, die Rücknahme des Atommülls und die Lieferung von Leichtwasserreaktoren. Warum schlägt aber die EU nicht die Lieferung regenerativer Energietechnologien, so z.B. Solarkollektoren, Windkraftanlagen, Solarzellen etc. vor? Dass der Iran derartiges in den bisherigen Verhandlungen selbst nicht verlangt hat, wäre kein Grund, diesem nicht trotzdem Angebote für bessere Alternativen zu Atomkraft und fossilen Energien zu machen.



Umso erstaunlicher, da ausgerechnet ein grüner Außenminister aus Deutschland es versäumt hat, klassische grüne Technologien als Alternative zur Atomenergie in das EU-Papier zu integrieren. Insofern steht zu befürchten, dass dieses einseitig auf die nukleare Energietechnologie beschränkte Angebot darauf abzielt, der krisengeschüttelten europäischen Nuklearindustrie auf kaltem Wege neuen Auftrieb zu geben. Ganz abwegig ist diese Annahme jedenfalls nicht.

Wie verhält es sich aber mit Sicherheitsgarantien im EU-Vorschlag, die für die iranische Seite ganz oben auf der Wunschliste standen? Eine EU-Garantie für die Versorgung des nuklearen Brennstoffkreislaufs Irans wäre nichts wert, wenn die USA sie nicht mit trügen. Selbst dann könnte die Versorgung in Krisensituationen auch in Zukunft immer gestoppt werden, wenn die US-Regierung es wollte. Mehr noch: das Herz der iranischen nuklearen Energieversorgung befände sich in der Hand des politischen Gegners. Iran wäre damit jederzeit erpressbar oder die kostspieligen Atomanlagen wären keinen Pfifferling mehr wert.

Auch die Garantie, den Iran mit britischen oder französischen Atomwaffen nicht zu bedrohen, geht am Kern des iranischen Sicherheitsproblems völlig vorbei, sie ist eigentlich ein Witz. Der Iran fühlt sich nämlich in keinsten Weise durch England oder Frankreich bedroht, sondern vielmehr durch das israelische Atomwaffenarsenal (200 - 300 Atomsprengköpfe und alle dazu erforderlichen Trägersysteme) und durch die USA, die mit ihren Militärstützpunkten rund um den Iran herum dem Land buchstäblich im Nacken sitzen.



Was verlangt aber die EU als "Gegenleistung" dafür, dass sie dem Iran so gut wie nichts gibt: nicht weniger als den endgültigen Verzicht auf eigene Urananreicherungsanlagen und auf alles, was über den Betrieb von Atomreaktoren zur Stromerzeugung hinausgeht. Des Weiteren verlangen die EU-Drei einen vertraglichen Verzicht auf das Recht, den Atomwaffensperrvertrag zu kündigen. Keinem Staat dieser Welt ist bisher eine derart rigorose Verpflichtung zu einem einseitigen Souveränitätsverzicht für alle Zeiten abverlangt worden. Ein derartiges Angebot hätte "die junge Bundesrepublik" - so Otfried Nassauer, Direktor des Berliner Instituts für Transatlantische Sicherheitspolitik in Berlin - "zurückgewiesen" (Berliner Zeitung vom 20. August 2005). Die

Bundesrepublik trat Ende der 60er Jahre dem Atomwaffensperrvertrag erst nach ursprünglich vehementem Widerstand und umfassenden Sicherheitsgarantien der drei westlichen Atommächte bei.

Statt einen Krieg zu verhindern, liefert die EU die moralische Legitimation dafür

Der Vorschlag der EU-Drei, so wie er nun besteht, gefällt ganz sicher Israel, den USA und der europäischen Nuklearindustrie, er ist jedenfalls für den Iran nicht das, was man mit Fug und Recht gemäß kooperativer Maßstäbe und Win-win-Strategien als Kompromiß deklarieren könnte. Weder ein autokratisch noch ein demokratisch regierter Iran könnte je diesem EU-Vorschlag zustimmen. Eine demokratische Regierung mit PR-Erfahrung hätte längst in Berlin, London, Paris und Brüssel eine offensive Aufklärungskampagne gestartet und für ihr Nein gegen den vermeintlichen Kompromiß aller Wahrscheinlichkeit nach sogar viel Zuspruch erhalten.

Für das Scheitern der EU-Drei sind also lediglich diese selbst und nicht die Hardliner aus Teheran verantwortlich. Die EU-Verhandlungsstrategie ist längst Teil der gefährlichen US-Iran-Politik geworden. Kein geringerer als Fischer hat für diese Handlanger-Rolle den Weg geebnet. Seine oft wiederholte Warnung vor einer "Fehleinschätzung" der Reaktionen der internationalen Gemeinschaft, ist die diplomatisch verschlüsselte Botschaft: entweder ihr akzeptiert das EU-Angebot oder euch droht ein Krieg der USA.

Kein Zweifel, die EU-Drei wollten ursprünglich die harte Sanktions- und Drohpolitik der USA durchkreuzen und

Mit einer großen Lüge in einen neuen Krieg

hatten den Iran, auch durchaus entgegen der US-Taktik, zu einem befristeten Verzicht auf Urananreicherung bewegt. Doch begaben sie sich mangels eines eigenen und glaubwürdigen Strategieersatzes auf ein diplomatisch äußerst riskantes Terrain, wodurch ihr Erfolg vom Gedeih und Verderb der US-Politik abhängig wurde. "Je stärker sich die USA politisch und diplomatisch engagieren", gab Fischer Ende Januar 2005 vor einer Reise nach Washington im Zusammenhang mit der Forderung Irans nach Sicherheitsgarantien zu "desto größer sind auch unsere Erfolgsaussichten" (Der Spiegel 4/2005). Genau diese einkalkulierte Abhängigkeit wurde der EU-Diplomatie - wie es vorauszusehen war - zum Verhängnis.

Die im Prinzip schlüssige Forderung der Iraner nach einer glaubwürdigen Sicherheitsgarantie als Gegenleistung für einen dauerhaften Verzicht auf Urananreicherung, die nur von den USA gewährt werden kann, kam Bush und Rice wie gerufen. Sie verweigerten der EU die Erfüllung genau dieses iranischen Top-Wunsches, die EU geriet unter Termindruck und bastelte, um ihr Gesicht zu wahren, in letzter Minute ihren substanzlosen "Kompromiß" zusammen. Dadurch schlugen die Amerikaner mit ihrer Weigerung gleich zwei Fliegen mit einer Klappe: zum einen die Glaubwürdigkeit der EU in der gesamten islamischen Welt zu desavouieren und sie als ihre nützlichen Handlanger darzustellen und zum anderen sich mit ihrer Hilfe die moralische Legitimation zu verschaffen, alsbald zu den Waffen zu greifen und Irans Atomanlagen mit EU-Unterstützung - notfalls auch ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrates - zu bombardieren.

Die US-Taktik, die EU in den Verhandlungen mit dem Iran voll auflaufen zu lassen, hat offenbar gut funktioniert. Dadurch hängen die EU-Drei nun fest im Schlepptau der Amerikaner, die der EU inzwischen den Boden unter den Füßen weggezogen und ihr in der islamischen Welt erheblichen Imageschaden zugefügt haben. Die EU-Initiative konnte so in das Gegenteil ihrer anfänglichen Motive verkehrt werden, weil das Beharren der EU auf dem einseitigen, völkerrechtlich nicht gedeckten Verzicht des Iran auf Urananreicherung von vornherein aussichtslos war.

Zu allem Übel ist die EU auf dem besten Weg einen zweiten großen Fehler zu begehen und die Schuld für das eigene Versagen und für die kalkulierte Weigerung der USA ihr gegenüber nunmehr dem Iran in die Schuhe zu schieben. Doch ihre Täuschung der europäischen Öffentlichkeit macht alles nur noch schlimmer. Sie ist die effektivste psychologische Vorbereitung für den moralischen Beistand in einem US-Krieg gegen den Iran, um den Europa dann wegen des eigenen Versagens im aktuellen Konflikt nicht mehr herkommen könnte. Der europäische Beistand verschafft Bush auch die Möglichkeit, sich bedenkenloser über mögliche russische und chinesische Vetos hinweg zu setzen und den UN-Sicherheitsrat erneut zu desavouieren.



Die Wahrheit ist das erste Opfer, schon vor dem Krieg: Funktioniert noch die europäische Mediendemokratie?

Erinnern wir uns der Lügen und Täuschungen, die anderen Kriegen vorausgingen: Die US-Armee hat in Vietnam mehrere Jahre mit Napalmbomben gewütet, ohne dass die Amerikaner - im guten Glauben, dass die US-Regierung für eine gerechte Sache Krieg führt - sich ernsthaft damit befasst haben. Erst nachdem tausende gefallener GIs in die Heimat zurück geflogen wurden, begannen die US-Medien, dem Thema Vietnamkrieg auf den Grund zu gehen.

Die Lüge der US-Regierung zur Legitimation des Krieges, Nordvietnam hätte US-Kriegsschiffe beschossen, haben die amerikanischen Medien zwar entlarvt, aber leider viel zu spät. Auch im Irak-Krieg hat die

amerikanische Mediendemokratie kolossal versagt und die Lügen der US-Regierung über angebliche irakische Massenvernichtungswaffen unkritisch übernommen.

Und wie ist es mit der Mediendemokratie in Deutschland und Europa bestellt? Wollen Europas Medien mit der Kompromiß-Lüge der EU-Drei im Iran-Konflikt genauso umgehen, wie dies die US-Medien vorgemacht haben? Ist allen Verantwortlichen klar, dass die EU de facto zum Mittäter eines US-Krieges würde, selbst wenn sie ihn verbal ablehnte? Ist den EU-Politikern und der Öffentlichkeit bewußt, welche schwer kontrollierbaren Kettenreaktionen ein US-Krieg gegen den Iran in der Region bis hin nach Europa auslösen würde?

Iranische Reaktionen dürften nicht lange auf sich warten lassen. Die Verminung der Straße von Hormuz im Persischen Golf und die Unterbrechung der Öl-transporte mit unabsehbaren Folgen für die Weltwirtschaft, die Mobilisierung der Hisbollah-Milizen im Libanon, weitere Radikalisierung der Schiiten und Zuspitzung des Chaos im Irak. Hinzu käme ein neuer heiliger Krieg der Al Qaida, die nur auf einen neuen Anlaß wartet, um dann auch Paris und Berlin mit Terroranschlägen zu überziehen.

Zu erwarten wäre auch eine Radikalisierung der Extremisten in der pakistanischen Armee, die im Besitz von Atomwaffen sind. Angesichts des Irak-Desasters muß man nicht einer Verschwörungstheorie anhängen, um eine solche Entwicklung für möglich zu halten. Die irakische Realität übertrifft inzwischen bei weitem die vielerorts vor dem Krieg geäußerten Befürchtungen. Im Falle Irans würden die Folgen noch unvergleichlich dramatischer und weit reichender sein als im Irak.

Mohssen Massarrat - im Iran geboren - ist Professor für Politikwissenschaft am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück. Er Aktiv in der Friedensbewegung und Mitglied der ATTAC Wissenschaftlichen Beirat.

Nicht er bedroht den Weltfrieden

Irmgard Wurdack



Der iranische Präsident Mahmud Ahmadi Nejad scheint mit seiner Verfluchung Israels der US-Regierung Recht zu geben, die seit Jahren behauptet, dass Iran Atombomben entwickle und den Weltfrieden gefährde. Er hatte zur Vernichtung des Staates Israel aufgerufen und am folgenden "Jerusalemtag" zehntausende Iraner hinter der Parole "Tod Amerikas", "Tod Israels" auf den Straßen der Hauptstadt versammelt.

Schon bei den Wahlen haben die Konservativen die massiven Drohungen der USA gegen Iran genutzt, um Nationalismus zu schüren, den Sicherheitsapparat zu verstärken und die Repression zu verschärfen. Ahmadi Nejad ist jedoch trotz seines Wahlsiegs innerhalb der iranischen herrschenden Klasse isoliert. Die außenpolitische Macht jedes iranischen Präsidenten ist stark eingeschränkt. Doch Anfang Oktober gab es für Ahmadi Nejad auf Erlass des Revolutionsführers Khamenei eine weitere Machteinschränkung: Seine Regierung wurde der Aufsicht des "Rats für das Staatsinteresse" von Ex-Präsident Haschemi Rafsanjani unterstellt. Der Multimillionär Rafsanjani hatte als Präsident im Interesse der Herrschenden in Iran eine Politik der wirtschaftlichen Öffnung des Landes gegenüber den westlichen

Nicht er bedroht den Weltfrieden

Industriestaaten verfolgt - einschließlich der USA. Das bedeutete auch, keinen Konfrontationskurs gegenüber Israel zu verfolgen.

Ahmadi Nejad griff auf Massenmobilisierung zurück, um seine eigene Position zu stärken. Er hatte die Wahlen im Juli nicht zuletzt mit dem Versprechen gewonnen, gegen die Korruption anzugehen und Armut und Ungerechtigkeit zu beseitigen. Doch diese Ziele könnten nur in Konfrontation mit der herrschenden Klasse erreicht werden. Ajmadi Nejad will aber nicht die Arbeiter und Armen über sozialen Fragen gegen die Herrschenden mobilisieren, da er damit seine eigene Position in der herrschenden Klasse nicht halten könnte. Deshalb greift er nun zur nationalistischen Karte. Das Verfluchen Israels ist Ausdruck seines Machtkampfes innerhalb der iranischen Machtelite.

Auch Ajmadi Nejad weiß, dass Iran gegenwärtig gar nicht in der Lage ist, Israel anzugreifen. Das Regime verfügt nicht über die nötigen Langstreckenraketen und bräuchte, westlichen Geheimdiensten zufolge, mindestens zehn bis 15 Jahre, bis es ausreichend kernwaffenfähiges Material hätte, um Atomsprengköpfe bestücken zu können.



Atomare Gefahr ?

Die US-Regierung behauptet, der iranische Staat nutze seine Atomanlagen insgeheim zur Herstellung von waffenfähigem Uran und verstoße damit gegen den Atomwaffensperrvertrag ("Non Proliferation Treaty", NPT). Das hätte bereits Irans Ausstieg aus den Verhandlungen mit den EU-3 (Vertretern der Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands) über sein Atomprogramm bewiesen.

Jeder Staat, der, wie es der Atomwaffensperrvertrag gestattet, über einen geschlossenen Atomkreislauf bis hin zur Urananreicherung und Wiederaufbereitung verfügt, hat damit auch die technische Möglichkeit, atomwaffenfähiges Uran und Plutonium herzustellen. Solches Material wird zum Beispiel - trotz des Atomausstiegs - auch in Deutschland in einem Testreaktor bei Garching in der Nähe von München benutzt und hergestellt.

Bis heute haben die Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) in iranischen Atomanlagen keinen Hinweis darauf gefunden, dass Atomwaffen entwickelt werden. Und für die Regierung im Iran ist es genauso unmöglich zu beweisen, dass sie keine Massenvernichtungswaffen besitzt, wie es der irakischen Regierung unter Saddam Hussein unmöglich war.

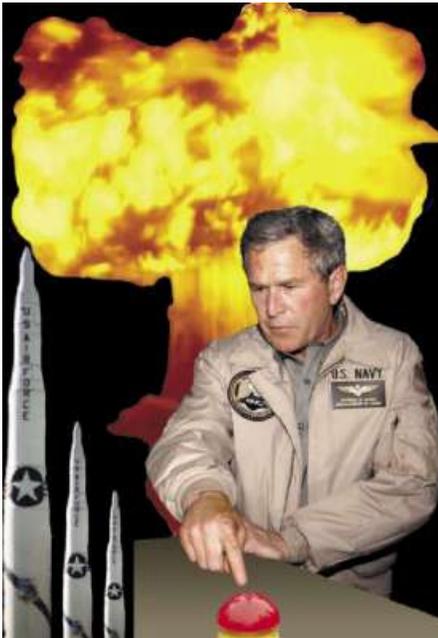
Die iranische Regierung selbst gibt an, Atomkraft zur Stromerzeugung nutzen zu wollen. Sie wolle Uran im eigenen Land fördern, umwandeln, anreichern und zu Brennelementen verarbeiten. Als Unterzeichner des NPT hat Iran das Recht dazu. Nach dem NPT hat die iranische Regierung sogar Anspruch auf internationale Unterstützung durch die übrigen Vertragspartner. Würde Iran auf seine Rechte nach dem NPT und damit die Gleichbehandlung mit allen anderen Unterzeichnerstaaten verzichten, wäre das Land in der Energieversorgung vom Import der Brennelemente abhängig. Angesichts des iranischen Ölreichtums scheint dieses Argument widersinnig. Doch gerade bei der Ölförderung haben die Iraner erfahren, was die Abhängigkeit von Importen bedeutet. Aufgrund der US-Sanktionen, welche die Lieferung von Ersatzteilen für die Ölindustrie verbietet, sind die Anlagen verrottet und können nicht die Mengen produzieren, die möglich und nötig wären.

Weitgehendes Angebot ?

Im Herbst 2004 stellte die iranische Regierung ihre Uranumwandlung ein, um über die Forderungen der EU-3

zu verhandeln. Nach dem Abbruch der Verhandlungen im Sommer 2005 behauptete Ex-Außenminister Joschka Fischer, die EU-3 hätten "ein weitgehendes Angebot" gemacht, "in dem alle legitimen Interessen Irans eingebunden waren." Doch in Wirklichkeit hatten die EU-3 den Iranern keinen "Kompromiss" angeboten, sondern die Kapitulation verlangt: Sie forderten, ebenso wie die US-Regierung, dass Iran darauf verzichte, Technologie zur Uranumwandlung und -anreicherung sowie zur Herstellung von Brennelementen zu entwickeln.

Die Bedingung, unter der Iran bereit war, einem Verzicht auf Anreicherung zuzustimmen, konnten sie aber nicht erfüllen. Die iranische Regierung verlangte, dass die USA und Israel garantieren sollten, das Land nicht anzugreifen. Die europäischen Verhandlungsführer konnten aber lediglich zusagen, dass Iran nicht von EU-Mitgliedstaaten angegriffen würde und haben auch von den Atommächten USA und Israel keine solche Garantie verlangt.



Die EU-3 haben mit ihrer Strategie keinen "friedlichen Weg" gesucht, sondern das Scheitern der Verhandlungen vorprogrammiert und damit der US-Regierung einen Vorwand für ihre Behauptung geliefert, dass internationale Wirtschaftssanktionen oder gar ein Krieg gegen Iran richtig und alternativlos seien.

Die militärische Bedrohung des Iran durch die USA und durch Israel ist kein Hirngespinnst. US-Truppen stehen in den Nachbarländern Irak und Afghanistan, sowie in Saudi-Arabien und den zentralasiatischen Staaten. Bisher hat der Widerstand der irakischen Bevölkerung gegen die US-geführte Besatzung des Irak die US-Regierung daran gehindert, die dort stationierten 150.000 Soldaten in einen Krieg gegen das Nachbarland Iran zu führen.

Die offizielle Doktrin der Bush-Regierung ist der präventive Militärschlag, auch der nukleare Erstschlag. Bush hatte Iran bereits im Januar 2002 neben Irak und Nordkorea zur "Achse des Bösen" erklärt. Die Neokonservativen in Washington haben schon vor dem Irak-Krieg Iran als nächstes Angriffsziel des globalen US-Feldzugs festgelegt: "Feiglinge gehen nach Bagdad, echte Männer gehen nach Teheran."

George W. Bush hat wiederholt mit einem atomaren Erstschlag gegen so genannte "Schurkenstaaten" gedroht. Ende Juli berichtete der ehemalige Mitarbeiter des US-Geheimdienstes Philip Giraldi, dass US-Vizepräsident Dick Cheney das Pentagon angewiesen habe, Pläne für einen Militärschlag "gegen mehr als 450 strategisch bedeutende Ziele" in Iran zu entwickeln - mit so genannten "Bunker brechenden" Atombomben, mit denen angenommene unterirdische Atomanlagen zerstört werden könnten. Viele dieser "Ziele" sind dicht besiedelt. Ein Atomangriff würde den Massenmord der US-Armee an den Einwohnern der japanischen Großstädte Hiroshima und Nagasaki zum Ende des 2. Weltkriegs in den Schatten stellen.

Israel ist die einzige und größte Atommacht im Nahen Osten. Es besitzt mehr als 200 Nuklearsprengköpfe und genügend Langstreckenraketen, um diese binnen weniger Minuten in den knapp 1000 Kilometer entfernten Iran zu schießen. Der israelische Staat ist der engste Verbündete der USA im Nahen Osten und grundsätzlich bereit, "Präventivschläge" gegen Staaten in der Region durchzuführen. Das hat er bereits 1981 mit der Zerstörung des irakischen Osirak-Reaktors gezeigt. Israels Präsident Ariel Sharon hat angekündigt, er sei bereit, auch gegen Iran zu diesem Mittel zu greifen.

Bereits im September 2004 hat die US-Regierung beschlossen, 500 BLU-109 Sprengköpfe, so genannte Bunkerknacker, an Israel zu liefern. Die israelische Tageszeitung Ha'aretz zitierte einen israelischen Offiziellen,

Nicht er bedroht den Weltfrieden

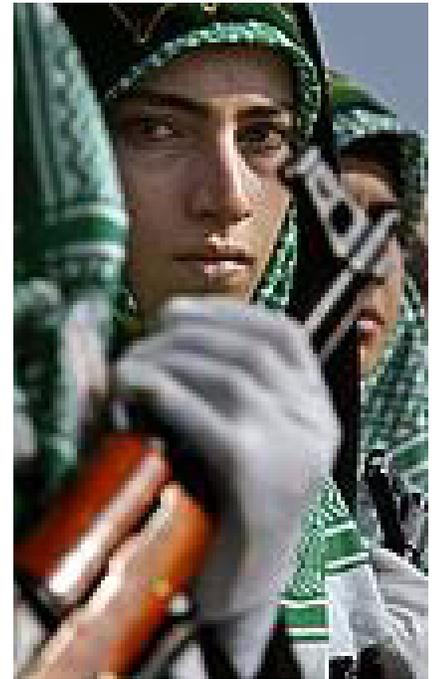
der erklärte: "Diese Art von Ausrüstung braucht man nicht für die palästinensische Front. Bunkerknacker kann Israel gegen den Iran und möglicherweise auch Syrien benutzen."

Nordkorea, der andere von den USA anvisierte "Schurkenstaat", blieb bislang von einem Angriff verschont, weil es einige Atombomben hat. Der Irak dagegen, der vor über einem Jahrzehnt sein Atomwaffenprogramm aufgegeben und IAEA-Inspektoren erlaubt hatte, diese Tatsache zu überprüfen, wurde von der US-Armee besetzt. US-Konzerne plündern die Wirtschaft und die Erdölvorkommen des Landes, während es der Mehrheit der Bevölkerung schlechter geht als unter Saddam Hussein. Rund 70 Prozent der Iraker sind heute arbeitslos.

Ausweg

Angesichts dieser Bedrohung von außen unterstützen etwa 90 Prozent der Menschen in Iran die Haltung ihrer Regierung, dem US-amerikanischen Druck nicht nachzugeben. Noch findet Ahmadi Nejads antiwestlicher Verbalradikalismus in der Bevölkerung aber keinen großen Rückhalt. Deshalb nahmen an der jährlich stattfindenden antiisraelischen Demonstration dieses Jahr nicht mehr Iraner teil als in den Vorjahren. Den Alltag der übergroßen Mehrheit bestimmt der Kampf um das tägliche Brot, während eine Minderheit der regierenden Mullahs sich mit den Ölprofilen eine goldene Nase verdient hat.

Doch die Menschen in Iran wissen auch, dass Bush sie nicht befreien wird und wie überall im Nahen Osten mit "Freiheit" einzig die Freiheit der Konzerne meint. Die US-Verbündeten im Nahen Osten - Ägypten, Jordanien, Saudi-Arabien, Pakistan, die arabischen Emirate, etc. - lösen bei den Iranern, die sich für mehr Demokratie und Freiheit einsetzen, keine Begeisterung aus. Sie wissen, dass die saudischen Monarchen Goldpaläste und Eishockeystadien in der Wüste errichten, während die Arbeiter bettelarm und ohne Rechte sind - und dass "Demokratie" in den von der US-Armee besetzten Nachbarländern Irak und Afghanistan in Wahrheit Armut, Arbeitslosigkeit, Bürgerkrieg und Unterdrückung bedeutet.



Damit die Opposition in Iran eine andere Perspektive entwickeln kann, als sich in der Frage des Atomprogramms um ihre Ausbeuter und Unterdrücker zu scharen, müssen wir im Westen Front machen gegen die Bedrohung des Iran und eintreten sowohl für die Gleichbehandlung Irans beim NPT, wie auch gleichzeitig für die vollständige nukleare Abrüstung der großen Mächte, also der USA und der EU, und einen tatsächlichen Ausstieg aus "unseren" Atomprogrammen.

Hunderttausende Iraner haben im Fernsehen und Internet verfolgt, dass weltweit Millionen Menschen an Antikriegs- und globalisierungskritischen Demonstrationen und Sozialforen teilgenommen haben. Aber sie sehen noch keine weltweite Anti-Atom-Bewegung.

Der Universitätsdozent Said Hajjarian ist einer der prominentesten Aktivisten der breiten Protestbewegung, die sich seit Ende der 90er Jahre für demokratische Rechte und gegen neoliberale Kürzungspolitik in Iran entwickelt und die die Diktatur der Mullahs in Frage stellt. Er warnt, dass die westlichen Großmächte der Demokratiebewegung in Iran schaden, wenn sie ungehindert mit Wirtschaftssanktionen und Krieg drohen.

Die Opfer des Konflikts zwischen dem westlichen Imperialismus und dem iranischen Regime sind einfache Iraner, die sowohl unter den Folgen eines Atomangriffs als auch eines Reaktorunfalls leiden könnten.

Irmgard Wurdack ist eine Journalistin bei Linksruck. Dieser Artikel erschien erst in dem Zeitschrift Argumente.

Libanon: die gefährlichen Auswirkungen der US-Einmischung

Interview mit Gilbert Achcar

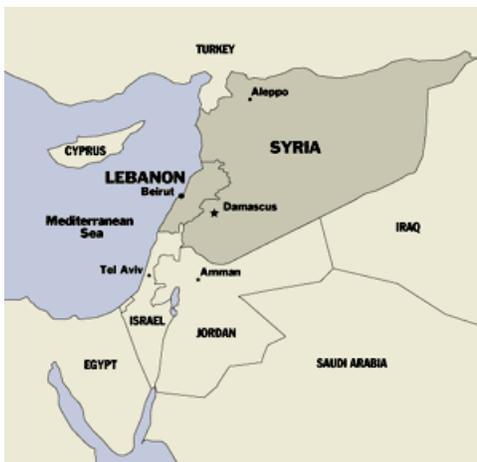
Was ist die Situation im Libanon nach dem Mord an Hariri?

Der Mord resultierte in die Intensivierung der Kampagne durch die USA und Frankreich gegen die syrische Anwesenheit und den syrischen Einfluss im Libanon. Dieser Druck konnte sich auf die Massenmobilisierung innerhalb Libanons stützen, die den Rückzug der syrischen Truppen erzwang. Der Hauptfokus liegt nun auf einer UN-Untersuchung, die von Detlef Mehlis geleitet wird. Mehlis hat das syrische Regime und den von Syrien gestützten libanesischen Präsidenten, Emile Lahoud, im Visier.

Die USA und Frankreich hatten sich mehr im Libanon eingemischt, nachdem Syrien sich für eine Veränderung der libanesischen Verfassung, die Lahouds Befugnisse ausgedehnt hätte, stark gemacht hatte. Washington und Paris setzten die UN- Sicherheitsratsresolution 1559 durch, die den Rückzug Syriens aus dem Libanon und die Entwaffnung aller Milizen forderte. Dadurch zielten sie direkt auf die Hezbollah - die schiitische Miliz, die eine wichtige Rolle bei der Vertreibung Israels aus dem Libanon gespielt hatte und die mit Syrien verbündet ist.

Die Situation ist augenblicklich sehr gespannt. Die libanesische politische Szene ist zwischen mit Syrien verbündeten und den US feindlich gesinnten Kräften und solchen, die vor allem von den US, Frankreich und dem saudischen Königreich unterstützt werden, gespalten. Der Hauptanführer der US- gestützten Koalition ist Hariris Sohn. Infolge der jüngsten Wahlen hat Lahoud seine Parlamentsmehrheit an diese Koalition verloren.

Welches sind die Interessen Syriens in Libanon?



Syrien intervenierte 1976 im Libanon mit grünem Licht aus Washington. Im libanesischen Bürgerkrieg, der 1975 begonnen hatte, unterstützte Washington reaktionäre rechte christliche Milizen, die drauf and dran waren, vom Bündnis der palästinensischen Kräfte mit der libanesischen Linken besiegt zu werden. Wäre der Libanon unter die Kontrolle dieser letzteren Allianz geraten, wäre dies für Washington ein Alptraum gewesen. Also unterstütze es die syrische Intervention, die hart mit den palästinensisch-libanesischen Kräften zusammenprallte.

Syrien war interveniert, um die "Ordnung" im Land wiederherzustellen - und um diese Rolle als Verhandlungsmasse mit der internationalen Gemeinschaft zu nutzen, insbesondere mit den Vereinigten Staaten. Teile der syrischen Militärbürokratie hatte ebenfalls ein wirtschaftliches Interesse in Libanon, das für Syrien eine ähnliche Rolle spielte wie

Hongkong für China vor der Liberalisierung der chinesischen Wirtschaft. Syrische Bürokraten konnten alle Sorten Handel organisieren und libanesischen Banken zur Geldwäsche nutzen, oder um die Reichtümer, die sie durch die Plünderung Libanons und Syriens anhäuften, auf ausländische Konten zu verschieben.

Die politische Rolle der syrischen Präsenz im Libanon änderte sich je nach der regionalen Situation. In den

Libanon: die gefährlichen Auswirkungen der US-Einmischung

späten 70er Jahren besetzte Israel den südlichen Libanon und unterzeichnete einen Friedensvertrag mit Ägypten. Syrien fühlte sich durch die US isoliert und schlug zurück, was zu einem Zusammenstoß mit den libanesischen christlichen Verbündeten der USA und Israel führte. Diese Situation kulminierte in der israelischen Invasion des Großteils des Restlibanon in 1982. Nach 1990 war die Situation wiederum eine andere. Die UdSSR - bis dahin der Hauptverbündete Syriens - befand sich mitten im Zusammenbruch. Damaskus machte eine Kehrtwende und beteiligte sich an der US- geführten Koalition gegen den Irak nach dessen Einmarsch in Kuwait. 1990 endete auch der libanesischer Bürgerkrieg, und zwar dadurch, dass ein von Saudi Arabien im Jahr 1989 angeregtes Übereinkommen durchgesetzt wurde. In der Stabilisierung der Situation spielten die syrischen Kräfte auch weiterhin eine Schlüsselrolle.

2003 hingegen weigerte sich das syrische Regime, Bush Juniors Krieg gegen den Irak zu unterstützen. 1991 waren viele arabische Länder - einschließlich des saudischen Königreichs, Ägyptens und Syriens - der Kriegskoalition beigetreten. 2003 hatten jedoch nicht nur die westlichen Alliierten wie Frankreich und Deutschland Bedenken gegen den Krieg. Kein einziges arabisches Land sandte Truppen. Und Damaskus sprach sich hörbar gegen den Krieg aus. Im Gegenschlag nutzte Washington den Libanon, um Druck auf Syrien auszuüben und um Damaskus direkte Mitarbeit in der Kontrolle des besetzten Iraks und in der Zählung der libanesischen Hezbollah zu erreichen.

Die Bush- Regierung warf dem syrischen Regime regelmäßig vor, irakischen aufständischen Kräften zu erlauben, von syrischem Territorium aus zu operieren. Sie appellierten an Syrien, seine Grenze zum Irak hermetisch abzuriegeln. Damaskus tat sein bestes, aber wies darauf hin, dass diese Aufgabe unmöglich ganz auszuführen sei und dass selbst die USA nicht in der Lage seien, ihre Grenze zu Mexiko ganz hermetisch abzuriegeln. Die syrischen Herrscher glauben, dass die USA tatsächlich versuchen, ihr Regime von innen heraus zum Kollaps zu bringen. Sie wissen, dass auf Grund der verfahrenen Situation im Irak, die USA zwar keine Invasion Syriens erwägen. Außerdem gibt es keine bedeutenden Ölreserven in Syrien; also haben die US wenig Interesse daran, das Land zu besetzen. Aber Kontrolle der syrischen Regierung ist ein wichtiges Element der US- dominierten regionalen Ordnung.

Wer sind die wichtigsten politischen Spieler im Libanon?

Es gibt ein komplexes Kräftespektrum im Libanon. Aber wir können vier Hauptkräfte unterscheiden, die hier operieren.

Zunächst einmal gibt es die anti-syrische libanesischer Opposition gegen Präsident Lahoud. Das ist eine sehr breite Koalition, die sich von Walid Jumblat - dem Drusenführer, der zuvor das linke Bündnis anführte - bis hin zu den extrem rechten christlichen Kräften erstreckt, die für die Massaker in Sabra und Schatila verantwortlich zeichnen. Die Koalition umfasst auch Hariris sunnitische Unterstützer und sogar einige Linke. Diese Kräfte haben in den jüngsten Parlamentswahlen eine gemeinsame Liste auf der Grundlage der Opposition gegen Syrien und Lahoud zustande gebracht.



Zweitens gibt es Lahoud selbst und seine pro-syrischen Anhänger, die aus verschiedenen regionalen und religiösen Gemeinschaften stammen. Obwohl Lahoud Präsident blieb, sind seine direkten Anhänger und Verbündeten nun in einer kleinen Minderheit. Er stützt sich auf die beiden verbleibenden Kräfte, um das Präsidentenamt zu halten.

Die dritte Kraft ist die Bewegung um Michel Aoun. Aoun war der Kommandant der libanesischen Armee in den 80iger Jahren und hatte nach 1988 versucht, den Libanon zu regieren, bevor er 1990 nach Syrien ausgewiesen

und ins Exil gezwungen wurde. Aoun - von Jumblat mit Spitznamen "Napolaoun" genannt - kehrte Anfang dieses Jahres vor den Wahlen in den Libanon zurück. Obwohl er der Vertreter der gewalttätigsten anti-syrischen Haltung war, und daher eine wichtige Rolle insbesondere bei den libanesischen Christen spielt - weigerte er sich, der anti-syrischen Allianz beizutreten, die er als Rivalen ansieht. Er betrachtet es als in seinem Interesse, das augenblickliche Präsidentialregime zu stützen, bis er genug Kraft für seinen eigenen Griff nach der Macht gesammelt hat.

Die vierte Kraft, die zweite der Unterstützung im Volk nach, ist die von Iran und Syrien unterstützte schiitische Allianz. Diese umfasst die fundamentalistische Hezbollah und die kommunalistische Amal.

Was ist die Rolle der Antiglobalisierungs- und der Antikriegsbewegungen in Libanon?



Es gibt keine nennenswerte Antiglobalisierungsbewegung. Es gibt einige NGOs, aber sie sind eher marginal. Das liegt teilweise am geschwächten Zustand der Linken im Libanon. Die israelische Invasion im Jahre 1982 hat der libanesischen Linken einen schweren Schlag zugefügt, sie entwaffnet und palästinensische bewaffnete Organisationen ausgewiesen, was zu einer kommunalistischen Zersetzung des libanesischen Widerstands geführt und zur Marginalisierung der Linken beigetragen hat.

Die Libanesische Kommunistische Partei hatte früher Tausende Mitglieder, was in einem Land mit nur 3-4 Millionen Einwohnern eine ganze Menge ist. Sie wuchs in den 1970ern ständig und wurde die größte KP relativ zur Bevölkerungszahl

in der arabischen Welt. Jedoch fügte ihr der Zusammenbruch der UdSSR einen riesigen ideologischen Schlag zu. Es mag immer noch ein paar Tausend Leute im Libanon geben, die sich als Kommunisten identifizieren, aber sie sind zersplittert und organisatorisch schwach. Die Mehrheitsfraktion steht der Position der Schia-Koalition nahe, während Andere Teil der anti-syrischen Allianz sind.

Was die Anti-Kriegsbewegung angeht, ist die stärkste anti-US- Kraft die Hezbollah, die in der Lage ist, Hunderttausende von Menschen zu mobilisieren. Aber die Hezbollah hatte keine Sympathie für das Saddam-Regime, da Saddam die irakischen Schiiten unterdrückte. Das führte dazu, dass es keine große Mobilisierung gegen die Invasion des Irak gab, obwohl einige Demonstrationen stattfanden.

Augenblicklich konzentrieren sich die Leute auf den Libanon - auf ihre eigene Situation. Alle passen auf, was im Irak passiert, aber die Hauptfrage für sie ist, was in Syrien geschieht - und zu einem geringeren Grad in Israel/ Palästina.

Wie passt Israel/Palästina ins Bild?

Nach Syrien und den US ist Israel das Land, das die Situation in Libanon am meisten beeinflusst. Es gibt eine bedeutende palästinensische Gemeinschaft in Libanon, die intensiv am Bürgerkrieg nach 1975 teilgenommen hat. Die christlichen Kräfte wollten, mit israelischer Unterstützung, die palästinensischen bewaffneten Organisationen beiseite schaffen und Kontrolle über die palästinensischen Lager ergreifen. Dieser Tage ist die palästinensische Präsenz immer noch ein Thema im Libanon, aber sie ist nicht mehr die zentrale Frage.

Die israelische Invasion 1982 und was danach kam hat die palästinensischen Kräfte im Land sehr geschwächt, und die Überbleibsel werden hauptsächlich als Anhängsel Syriens gesehen. Israel beschäftigt sich jetzt mehr

Libanon: die gefährlichen Auswirkungen der US-Einmischung

mit der Hezbollah. Es bombardiert regelmäßig den Süden Libanons und hält seinen Druck für die Entwaffnung der schiitischen Organisation aufrecht, im Boot mit den Vereinigten Staaten.

Worum es den Libanesen hinsichtlich Palästinas wirklich geht ist die allgemeine Lösung der Palästinenserfrage. Was würde mit den PalästinenserInnen im Libanon geschehen? Sie werden immer noch wie Flüchtlinge behandelt, obwohl die meisten von ihnen für über ein halbes Jahrhundert im Libanon gewesen sind, seit 1948, oder schon im Libanon geboren sind. Dennoch haben sie keine Bürgerrechte - ganz so, als seien sie erst vor einigen Wochen angekommen. Ein eingewanderter Arbeiter in Europa hat mehr Rechte als ein palästinensischer Einwohner im Libanon. Die Arbeit der PalästinenserInnen ist von den libanesischen Kapitalisten billig ausgebeutet worden.

Die PLO- Führung und die libanesisch Linke tragen eine gewisse Verantwortung für diese Situation. Sie haben nie für die Rechte der Palästinenser als BürgerInnen und ArbeiterInnen im Libanon gekämpft. Sie haben die PalästinenserInnen immer als Flüchtlinge betrachtet, die darauf warten, in ihr eigenes Land zurückzukommen, und haben den Konsens akzeptiert, dass sie nur zeitweilig da sind.

Die richtige Antwort hätte sein müssen - während gleichzeitig der palästinensische Kampf für ihre legitimen Rechte, einschließlich des Rechtes auf Rückkehr, unterstützt würde - zu verlangen, dass die palästinensischen EinwohnerInnen volle Gleichheit der Rechte im Libanon genießen, wie dies formal in Syrien und Jordanien der Fall ist.



Wie werden sich die Dinge im Libanon entwickeln?

Im Dezember 2005 wird der UN- Sicherheitsrat den Abschlussbericht von Mehlis veröffentlichen. Ein vorläufiger Bericht ist schon veröffentlicht worden, mit vielen Anklagen, die jedoch nicht auf klaren Beweisen beruhen. Es ist klar, dass die UN, und insbesondere die USA und Frankreich, den Bericht als Werkzeug für ihre Einmischung nutzen wollen. Mit seiner Resolution 1559 hat der UN- Sicherheitsrat offensichtlich die UN-Charta verletzt, die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten verbietet.

Es ist auch klar, dass hier doppelte Standards gelten. Es haben viele politische Morde in der Welt stattgefunden, aber nur Hariris hat zu einer UN- Untersuchung geführt. Im November 1967 hat eine UN- Sicherheitsratsresolution zu Israels Rückzug von den Territorien aufgerufen, die es damals im Juni besetzt hatte, aber der Sicherheitsrat hat nie versucht, diese Resolution auf dieselbe Art und Weise durchzusetzen, wie sie es jetzt mit Resolution 1559 tut.

Was nun im Libanon weiter geschehen wird hängt sehr von den Entscheidungen in Washington ab. Die libanesisch Opposition hat jetzt eine Mehrheit im Parlament. Sie hat noch nicht versucht, den Präsidenten zu stürzen, da sie darauf wartet, dass die allgemeine politische Situation sich aufklärt und dass Washington zu einer Art Übereinkommen mit dem syrischen Regime kommt. Wenn es keine Übereinkunft mit Syrien gibt, ist es wahrscheinlich, dass die Opposition den Rücktritt des Präsidenten erzwingen und jemanden anderen wählen wird.

Dann ist da die Frage der Entwaffnung der Hezbollah. Sie ist ein wichtiger Bestandteil der Resolution 1559, trotzdem weigert sich Hezbollah, ihre Waffen abzugeben, da sie sich von Israel bedroht fühlt, das schon viele ihrer Führer ermordet hat. Ihre Anhänger wissen, dass wenn sie sich entwaffnen, die libanesisch Armee sie nicht schützen wird. Andererseits ist die Hezbollah zu stark, mit Gewalt entwaffnet zu werden, es sei denn durch einen blutigen Bürgerkrieg. Daher braucht Washington Syrien, um ihm zu helfen, die Entwaffnung der Hezbollah zu erzwingen.

Langfristig ist die Zukunft des Libanons an Entwicklungen in Syrien gekoppelt. Wenn das Regime in Syrien destabilisiert wird oder zusammenbricht, könnte dies Libanon auf fürchterliche Weise mitnehmen. Ein Wiederbeginn des Bürgerkriegs kann nicht ausgeschlossen werden und wäre furchtbar, da das Land schon für viele Jahre geblutet hat.

All dies zeigt, wie viel Schaden Washingtons Außenpolitik dem Nahen Osten zufügt. Irak ist schon von einem tatsächlichen Bürgerkrieg bedroht. Washington destabilisiert Syrien. Dies könnte zu Unruhen im Libanon führen, und der Druck auf die Hezbollah könnte ebenfalls zum Bürgerkrieg führen. Wenn sie sich selbst überlassen wären, würden die libanesischen politischen Kräfte eine Art Kompromiss und eine friedliche Lösung lokaler Probleme aushandeln, einschließlich der Frage der Waffen der Hezbollah. Washington gibt vor, Frieden und Demokratie zu bringen. Aber der Libanon hat für mehrere Jahrzehnte relativ freie Wahlen gehabt, und der entscheidende Faktor, der Syrien aus dem Libanon gebracht hat, war die Ermordung Hariris und nicht etwas, was die US getan hätten.

Siehst du irgendeine Hoffnung für die Region?

Die Hoffnung kann sich nur auf lokale politische Kräfte gründen. Das Problem ist, dass die meisten von ihnen sehr korrupt sind. Es gibt keine gesunde soziale Bewegung im Libanon, die ein wichtiger Machtfaktor sein könnte. Die beste Hoffnung, die man im Augenblick haben könnte ist, dass wenigstens das Schlimmste nicht geschieht und das Land nicht in den Bürgerkrieg zurück versinkt.

Gilbert Achcar stammt aus dem Libanon, wo er bis 1983 lebte. Er wohnt nun in Berlin und lehrt Politik und Internationale Beziehungen an der Université de Paris VIII. Er schreibt häufig Beiträge für Le Monde Diplomatique und ZNet, ist der Autor mehrerer Bücher über Internationale Politik und den Nahen Osten, u.a. The Clash of Barbarisms (auf Deutsch veröffentlicht als Der Schock der Barbarei).

Dieses Interview wurde von Phil Butland für die Achse des Friedens geführt. Übersetzt von Carla Krüger.

Die Kosten der US- Politik im Libanon

Bassem Chit

Krieg gegen den Irak und die Destabilisierung der Region



Der Krieg gegen den Irak war sogar den Worten der US-Regierung zufolge ein Krieg für europäische Kontrolle und um den Ölfluss aus dem Mittleren Osten aufrechtzuerhalten. Das Sunday Herald Newspaper (UK) drückt es so aus: "Das Kabinett von Präsident Bush kam im April 2001 überein, dass ‚der Irak ein destabilisierender Einfluss auf die Ölflüsse vom Nahen und Mittleren Osten zu den internationalen Märkten bleibt‘, und dass, da dies ein für die USA inakzeptables Risiko darstellt, die US- ‚Militärintervention‘ notwendig ist."

Die Übernahme der Kontrolle über den Irak bedeutet nicht nur die Übernahme über die Ölraffinerien hier, es ist auch notwendig, eine politische Umgebung im Irak und in der Region zu schaffen, die es erlaubt, US- Kontrolle über diese Ressourcen aufrechtzuerhalten. Dies bedeutet, dass die US-Einmischung in

Die Kosten der US- Politik im Libanon

der Region sich nicht auf den Irak beschränkt, sondern sich darüber hinaus auf das Herumdoktern an den augenblicklichen Regimes im Mittleren Osten wie Syrien, Iran und Libanon erstreckt.

Der Einfluss des Krieges war direkt und schnell: hohe Erdölpreise, Flüchtlinge, Destabilisierung der politischen Regime in der Region.

Syrien hat sich der Einmischung der USA nie ganz entziehen können. Während des Krieges gegen den Irak und den anfänglichen Stadien der Besatzung haben die USA Syrien mehrfach attackiert, dafür dass es "aufständischen" Gruppen geholfen hatte, durch Syrien zu fliehen oder von Syrien aus anzugreifen, oder sogar Waffen durch die Irakisch-Syrische Grenze zu transportieren.

Diese Attacken stellen eine reale Bedrohung für das Regime in Syrien dar, insbesondere nun, da die amerikanischen Truppen nur einige Meilen entfernt von Damaskus sind. Dies führt dazu, dass der Kontrollzugriff des syrischen Regimes in Syrien und auch im Libanon stärker wird. Das kann man zum Beispiel daran sehen, dass Syrien auf eine Änderung der libanesischen Verfassung drängte, die Lahouds Präsidentenvollmacht ausdehnt.

Libanon: Klassen, Sektierertum und die Neuausrichtung der herrschenden Klasse

Die lokale politische Szene im Libanon erlebte zu dieser Zeit eine Intensivierung des Klassenkampfes als Folge des kontinuierlichen Zusammenstoßes zwischen Hariris neoliberaler Politik und dem halbstaatskapitalistischen Modell, das die syrische Regierung bevorzugt. Was die Situation verschärfte, war der Krieg gegen den Irak, der die Spieler innerhalb der libanesischen Szene dazu brachte, sich neu auszurichten, was wiederum alles in allem eine hochgradig instabile politische Szene schuf.

Am 27. Mai 2004 fanden Massendemonstrationen im ganzen Land statt, um gegen die Sozial- und Wirtschaftspolitik und das Ansteigen der Treibstoffpreise zu protestieren; daraufhin marschierte die Armee in Richtung eines der ärmsten Vororte in Südbeirut und begann mit echten Geschossen auf die Demonstranten zu feuern, dabei wurden fünf Arbeiter getötet.

Zu diesem Zeitpunkt gab es einen Anstieg im Klassenantagonismus, insbesondere wegen der wiederholten Angriffe und Zerstörung dessen, was den Gewerkschaften geblieben ist.



Es gab eine klare Drohung gegen die führende Klasse im Land, was eine Neuausrichtung der führenden Klasse und eine Intensivierung ihrer internen Konflikte erforderte. Das wurde klar durch die wiederholten Scharmützel zwischen Lahoud und Hariri und in der sich bildenden Opposition, die damals als die Bristol-Koalition bekannt wurde.

Teile der regierenden Koalition sahen, dass die USA entschieden sind, die Regime im mittleren Osten umzugestalten, und in einem Versuch, ihre Macht aufrechtzuerhalten, wurden zwei Optionen auf den Tisch gelegt: entweder das ukrainische Modelle oder das irakische.

Aber wegen der großen Unpopularität der augenblicklichen politischen Führung war die Bristol-Koalition nicht in der Lage, irgendeine Unterstützung von den Leuten an sich zu ziehen, ihre Demonstrationen waren nichts als

kleine Versammlungen ihrer politischen Führer. Die Opposition bestand hauptsächlich aus dem Drusenführer Walid Jumblat und seiner Partei, der progressiven, sozialistischen Partei, die weder progressiv, noch sozialistisch, sondern einfach eine Partei ist. Ebenfalls Teil der Opposition ist eine ganze Sammlung von christlichen Parteien, die von Mitte Rechts nach Rechts außen gehen, die libanesisch-nationalistischen Kräfte. Außerdem die Demokratische Linke, die nichts mehr als ein opportunistischer Versuch ist, eine libanesische Form der europäischen Sozialdemokratie zu bilden.

Gleichzeitig war Lahouds Koalition in derselben Lage, hatte keinerlei Unterstützung im Volk, führte eine Koalition von Mafieführern und sehr korrupten Politiker und Propagandisten der Baath-Partei an.



Was Hariri anging, hielt er weiterhin eine mittlere Position zwischen beiden Koalitionen ein, aber er neigte ein wenig der Opposition zu. Doch Hariri war auch weit davon entfernt, irgendeine wirkliche Unterstützung der Menschen zu haben, bis auf die erzwungene Unterstützung der Angestellten der Reihe von Firmen, die er besitzt, und der Begünstigten der von ihm gestifteten Stipendien. Hariri ist verantwortlich für die Privatisierungspläne, die Mehrwertsteuer und die Privatisierung des Großteils von Beirut-City, die als Solidere bekannt ist, nach der Firma, die das Gebiet tatsächlich gekauft hat und in der Hariri beträchtliche Anteile hält.

Nach den Wahlen in Irak und in Palästina schienen die Vereinigten Staaten noch entschiedener, ihr neues Mittel-Ostprojekt fortzusetzen, und zwar mit ihrer neu entwickelten Theorie der konstruktiven Disharmonie. Diese Theorie nimmt an, dass indem eine allgemeine politische Disharmonie geschaffen, oder mit anderen Worten, die politische Szene in der Region destabilisiert wird, sie von dem entstehenden Chaos profitieren und auf die Gründung neuer Marionettenregime drängen können, die in dieser neuen Ära der US-

Politik von Interesse sein könnten.

Diese Strategie war hochpräzise, insbesondere in der offensichtlichen und direkten Einmischung der US-Botschafter in den Ländern, in denen sie dienten. Im Libanon spielten sowohl der US-Botschafter als auch die Europäer eine entscheidende Rolle in der lokalen Politik und versuchten, bedeutende Mengen Geld in das Land fließen zu lassen, um dort politische und zivilgesellschaftliche Bewegungen zu unterstützen. Die Situation entwickelte sich sehr zögerlich und bedurfte einer Art Bruchstelle, einer Kurve, irgendeiner Art Druck, um die Dinge voranzutreiben.

Hariris Ermordung

Am Montag, dem 14. Februar 2005, wurde der Autokorso, der den ehemaligen libanesischen Premier, Rafic Hariri, transportierte, von wie es schien, 250 Kilogramm TNT in Stücke gerissen. Die Explosion tötete Hariri, 7 seiner Begleiter und 11 PassantInnen.

10 Minuten nach der Ermordung war das Wort Bürgerkrieg in aller Munde, die Explosion erinnerte alle an die Schrecken des Bürgerkrieges, der noch vor gar nicht langer Zeit geendet hatte.

In den folgenden Tagen zog es Hunderttausende von LibanesInnen auf die Straße. Die Menschen gingen auf die Straße, um ihre Ablehnung jeder Art Gewalt auszudrücken, die nun anfangen könnte; die Opposition sah die Situation als die goldene Gelegenheit, mit ihren Plänen fort zu fahren und zur Offensive überzugehen; der erste Schritt war, direkt die Finger der Anklage gegen das syrische Regime zu erheben; das Argument war leicht zu gewinnen, wegen der bekannten Geschichte der Konfrontation zwischen Syrien und Hariri und der Geschichte

der syrischen Herrschaft über den Libanon, aber dennoch musste die Opposition noch die große Kluft zwischen ihr und dem Volk überbrücken, und daher erklärte sie zu diesem Zeitpunkt einen politischen Krieg, eine Art politische Unruhe, die ausreichte, um ihr genug Unterstützung zu verschaffen.

Revolution der politischen Klasse gegen sich selbst

Die Opposition sah das auch als einen Weg, den Klassenkampf in einen konfessionellen und rassistischen Konflikt umzuleiten, religiöses Sektierertum wurde begünstigt, was eine Strategie ist, die die libanesische herrschende Klasse in der Geschichte vielfach genutzt hat, um den Klassenkampf zu unterdrücken und zu zerschlagen, in dem sie konfessionelle, religiöse und ethnische Unterschiede betonte; diese Strategie wurde während des Bürgerkriegs 1860 und 1975 benutzt. Und diese Strategie stimmt auch mit der von der US-Regierung angewandten Politik des Umgangs mit dem Mittleren Osten überein, insbesondere im Irak.

Dann beschleunigten sich die Ereignisse zu so einem Punkt, dass es eine reale Gefahr eines neuen Bürgerkriegs gab; Dutzende von rassistischen Anschlägen fanden im ganzen Land, insbesondere gegen syrische Arbeiter und Palästinenser statt. Die Rhetorik wurde durch die lokalen und internationalen Medien stark gefördert.

Die CNN und die meisten westlichen Medien betonten immerfort die christliche Religionszugehörigkeit der Menschen, die nach Hariri ermordet wurden, obwohl die beiden (Samir Kassir und Georges Hari) aus der kommunistischen und linken Tradition stammten: Samir Kassir war palästinensischen Ursprungs, Mitglied der Demokratischen Linken, Georges Hawi war ein Ex-Generalsekretär der KP.

Die örtlichen Medien waren voller Rassismus und Konfessionalismus. Pamela Tannouri von der Annahar-Zeitung sagte in einem ihrer Artikel über die Syrer: "Ihr erkennt sie an ihren Gesichtern... sie wollen uns ihre Kultur und Geschichte aufzwingen", andere Zeitungen zeigten Bilder der Oppositionsdemonstrantinnen und kommentierten: "Ihr erkennt sie daran, wie sie riechen und aussehen"; Plakate wurden gezeigt, auf denen zu lesen stand "100% Libanesisch". Während dieser ganzen Zeit blieb die politische Führung der Opposition still und lehnte es ab, zuzugeben, dass irgendeine Art Konfessionalismus oder Rassismus auf der Straße herrschen könnte. Das loyale Lager wurde gänzlich aus der politischen Szene vertrieben, was Hezbollah erlaubte, die Bühne zu erobern und eine Demonstration abzuhalten, um den syrischen Truppen "Auf Wiedersehn!" zu wünschen und dabei dieselbe Rhetorik zu nutzen wie die Opposition. Hezbollah war in der Lage, große Teile der libanesischen Gesellschaft zu marginalisieren, insbesondere die Schiiten, und sie da zu halten, um so die Spannung zu befördern, die es ihr erlauben würde, sich als wichtige Macht im Land zu etablieren, und so geschah es, anlässlich einer Demonstration mit fast einer Million DemonstrantInnen. Dies versetzte das Land in einen Zustand starke sektirischer Konfrontationen, viele konfessionelle und sektirische Vorfälle wurden registriert, und fast die ganze Zeit behielten die Medien ihr Stillschweigen dazu bei.



Michel Aoun, ein anderer Kriegsherr, der im Exil lebte, kehrte ins Land zurück, destabilisierte die Opposition und zog sich dann aus ihr zurück. Als die Parlamentswahlen heranrückten, erlebte das Land drei massive Blöcke, die hauptsächlich aus der Hizbollah bestanden, der Opposition, die von Rafic Hariris Sohn Saed Hariri geführt wurde, und dem dritten Block, Aouns freier patriotischer Bewegung, die hauptsächlich eine antisyrische Bewegung ist.

Die Wahlen offenbarten auch eine starke Einmischung des US-Botschafters und der französischen und

europäischen Diplomaten, deren Rolle sich nicht einmal auf Beratung beschränkte, sondern bis hin zur Auswahl einzelner Kandidaten zur Wahl ging, insbesondere in Beirut.

Auch eine große Zahl von Wahlbeobachterorganisationen verteilte sich über das ganze Land, die Wahlbeteiligung zeigte, dass es immer noch eine schweigende Mehrheit gibt; in manchen Städten war die Wahlbeteiligung kaum höher als 20%, was dennoch die Unpopularität der politischen Führung zeigte, trotz der Massenmobilisierungen. Diese große Unpopularität war dem fortwährenden Verrat der Bewegung des Volkes durch die Führer der Opposition zu verdanken.

So bestand zum Beispiel die Koalition in Südlibanon, die als pro-syrische Koalition betrachtet wurde aus Hizbollah, Amal, Junblat und Saed Hariri. In Beirut bestand die Koalition, die als anti-syrisch bezeichnet wurde, auch aus Hizbollah, Junblat, Saed Hariri und den christlichen Parteien.

Die Unehrlichkeit der Politik war ziemlich offensichtlich, und dies führte dazu, dass viele Menschen das Interesse am Wahlprozess verloren, insbesondere nachdem der Maronitische Patriarch darauf gedrängt hatte, das Wahlalter nicht auf 18 statt auf 21 Jahre zu senken; dies bedeutete, dass die meisten der Menschen, die die Demonstrationen beflügelt hatten, nicht entscheiden durften, was mit ihrem Land geschehen würde.

Die Wahlen: eine Glaskoalition



Die Wahlen brachten einen Sieg der Opposition, aber Hizbollah und Aoun erhielten dennoch eine bedeutende Zahl von Sitzen im Parlament. Lahoud war immer noch der Präsident. Teile der Opposition forderten den Rücktritt von Lahoud, aber der Patriarch widersprach diesem Appell, da das Präsidentenamt im Libanon ein maronitisches Amt ist, und Lahouds Rücktritt eine Schwächung der Maroniten im Lande bedeutet hätte.

Manche der Oppositionskräfte hofften auf eine Koalition der nationalen Einheit, aber dieser Traum hielt nicht lange an, und dies, weil die herrschende Klasse in ihrem Versuch, ihre politische Organisation auf die Schnelle zu rekonstruieren, nicht in der Lage war, die Widersprüche zu lösen, die in der lokalen politischen Szene hochgradig präsent sind, so wie Sektierertum, das die Herrschenden auch als Waffe nutzten, um die Massen zu mobilisieren, das aber auf sie zurückschlug, weil es Fragen, die mit der Konfessionalität und den Gründen des Bürgerkrieges zusammenhingen, wieder aufbrachte, was dazu führte, dass Bündnisse nicht lange hielten. Hizbollah und Aoun rücken einander augenblicklich immer näher; man kann die ersten Zeichen einer solchen Allianz an den Ergebnissen der

jüngsten Studentenwahlen an den Universitäten sehen, wo Hizbollah und Aoun ein Wahlbündnis auf nationaler Ebene eingegangen waren.

Die Glaskoalition wird nicht so lange dauern, wie sie gedacht ist, vor allem da viele der libanesischen Parteien strukturell unfähig sind, mit einer Menge der Veränderungen in der libanesischen Gesellschaft fertig zu werden und da viele dieser Parteien auf viele strukturelle Probleme in ihrem internen demokratischen Prozess gestoßen sind. Also werden wir, mit anderen Worten, eine Menge Veränderung in den politischen Kräften im Land erleben.

Mehlis Bericht: Syrien, Libanon und der freie Markt

Mehlis, der Kommissar der Unabhängigen Internationalen Untersuchungskommission, war für die größte Zeit seines Aufenthalts auf den Titelseiten der meisten libanesischen Lokalzeitungen zu sehen, er weist auch in

Die Kosten der US- Politik im Libanon

seinem Bericht auf das außerordentliche Medieninteresse an seinem Bericht hin.

Ohne ins Detail zu gehen, ob uns sein Bericht wirklich etwas lehrt, nutzen die US ihn, um Syrien anzufeuern und zu "bestrafen", was wahrscheinlich zu wirtschaftlichen und politischen Sanktionen führen könnte, wie die, die dem Irak auferlegt wurden. Kürzlich entschloss sich Syrien, seine Wirtschaft mit dem Weltmarkt zu verbinden, indem es die syrische Lira freigab; diese Politik ist eh dazu angetan, große Teile der Bevölkerung in die Armut zu treiben, und wenn die Sanktionen kämen, wären diese Menschen zu noch größerer Armut und Arbeitslosigkeit verdammt.

Das Weiße Haus hat sich vor langer Zeit entschieden, dass es nötig ist, die wirtschaftliche Hegemonie über den Weltmarkt aufrechtzuerhalten, daher ist die von der OPEC genutzte Währung immer noch der Dollar; diese Politik ist für die US in allen neu eröffneten Märkten im Mittleren Osten: Irak, Jordanien, Ägypten und Libanon immer noch wesentlich, und nun hat auch noch Syrien seine Währung an den Dollar gebunden...

Das beinhaltet nicht nur dies, sondern erfordert auch Marktöffnung durch die WTO, Privatisierungspläne, Ausschreibungen etc.

In jüngster Zeit greift die libanesische Regierung die Mehrheit der Bevölkerung systematisch an, durch eine ganze Reihe von neoliberalen Politiken, die einen großen Teil der Gesellschaft zu Armut, Arbeitslosigkeit und sozialer Diskriminierung verurteilen würden. Vor nicht langer Zeit entschied sich die Regierung, die Hilfe für die landwirtschaftlichen Sektoren zu kürzen. Sie entschied sich auch, die Mittel für die Invaliden um die Hälfte zu kürzen. Die Treibstoff und Gaspreise steigen, es hat auch Drohungen gegeben, sogar den Brotpreis zu erhöhen. Es hört hier nicht auf, es hat ernste Erwägungen gegeben, die Mehrwertsteuer von 10 auf 18% zu erhöhen, und dies bei einem Minimallohn von 200\$ und angesichts der Tatsache, dass Beirut eine der teuersten Städte im Mittleren Osten ist, würde dies tatsächlich eine Krise bedeuten.

Solidere, die Firma, die Beiruts Stadtmitte besitzt, hat in den paar Monaten nach Hariris Tod eine beträchtliche Zahl von Anleihen und Eigentum verkauft; aus Europa strömte Geld in Form von Gründungsplänen oder Darlehen ein, auch die CNN hat kürzlich einen Dokumentarfilm über den Libanon gedreht, der mehr wie eine Werbung für Investoren ist, in den Libanon zu kommen; wir können die ersten Spuren der Marktglobalisierung am Kommunikationssektor beobachten, der infolge der ersten Schritte der Öffnung des Sektors für den Wettbewerb einen sofortigen Preisverfall erlebte, was wahrscheinlich dazu führen wird, dass viele Dienstleister schließen müssen und Hunderte ihren Arbeitsplatz verlieren, genau wie es mit dem Mobilfunksektor passiert ist. Ein anderes Anzeichen sind die steigenden Preise auf dem Wohnungsmarkt. Der Libanon wird einen Boom erleben, der sich höchstwahrscheinlich in hohen Preisen auswirken wird und in mehr Klassenkämpfen, die sich langsam abzeichnen, insbesondere nachdem die politische Szene abgekühlt ist.



Die aufkommenden Klassenfragen treiben die libanesische Führungsklasse dazu, die "Internationale Untersuchung" dazu zu nutzen, ihre politische Dominanz über die politische Debatte im Land zu behalten und die Aufmerksamkeit von Fragen wie Rassismus, Klasse und Konfessionalismus abzulenken.

Die internationale Untersuchung wird als Hauptpropagandawerkzeug genutzt, um den Staatsfeind zu schaffen, der ihr erlauben würde, ihren Status zu erhalten, eine libanesische Version von Orwells 1984.

Gibt es irgendeine Hoffnung?

Saadallah Wannous, ein bekannter syrischer Dramaturg hat gesagt: "Wir sind zur Hoffnung verpflichtet." - Hoffnung auf Veränderung ist immer da, solange es Menschen gibt.

Die Bewegung lebt, und wir können sie im ganzen Mittleren Osten wieder aufkommen sehen.

Irak: In den letzten Wochen haben wir erlebt, dass der letzte Angriff, den die Vereinigten Staaten im Westirak durchgeführt haben, es geschafft hat, ihre eigenen Alliierten in der Regierung gegen sie aufzubringen, und tatsächlich gewinnt die Entscheidung für Widerstand vor Ort immer mehr Anhänger. Die US- Argumente für Demokratie im Mittleren Osten gewinnen nicht mehr Unterstützung, sondern verlieren sie, der IRAK war ein anschauliches Beispiel dieser Demokratie.

Palästina: Die jüngsten Wahlen innerhalb der Fatah- Fraktion in Palästina haben die Mehrheit der Stimmen Marwan el Barghouti verschafft, er ist einer der jüngeren Mitglieder der Partei und war zu lebenslänglicher Haft in israelischen Gefängnissen verurteilt, und wir können auch eine mehrheitliche Entscheidung für neue militante Stimmen beobachten, dieser Ruck kann in einen Ansporn übersetzt werden, die Intifada in Gang, den Widerstand am Leben zu halten.

Der Golf: Wir haben in den letzten paar Jahren, insbesondere nach der Invasion des Irak, einen Anstieg in Bewegung in der Arabischen Golfregion erlebt; wir haben eine Menge von Berichten aus der Region kommen sehen, aus der es vor 5 Jahren fast unmöglich war, auch nur ein bisschen Information zu bekommen; nun erleben wir eine Entwicklung echter Zivilgesellschaftlicher Organisationen; wir haben auch Anti-Kriegs-Demonstrationen gesehen, aufkommende Bewegungen in Saudi- Arabien, die Demokratisierung und Arbeiterrechte forderten.



Ägypten: Wir erleben eine wachsende Bewegung gegen den Staat, gegen den Imperialismus und gegen den Kapitalismus, z.B. die kefaya-Bewegung, und wenn es die Bewegung in Ägypten schafft, mehr Unterstützung zu gewinnen, was ihr zu gelingen scheint, wird das bedeuten, dass es mehr Hoffnung für die Bewegung in der Region als Ganzes geben wird.

Libanon: Die Linke ist über die letzten Jahre hinweg sehr präsent gewesen, und ist seit 1975 bekämpft worden, aber hat immer noch die Fähigkeit, sich wieder zu beleben. In 1996 vereinigte die Koalition aus Linken und weltlichen Organisationen ungefähr 25% der Stimmen im ganzen Land, aber wegen der sektirischen Struktur des Wahlsystems bekam sie nicht genug Sitze im Parlament; in den Jahren darauf, führten die Gewerkschaften eine starke Arbeiterbewegung. Im 1998 haben wir den Anstieg der unabhängigen linken Gruppen in den Universitäten erlebt; zwischen 1998 und 2001 baute die Neue Linke die Antiglobalisierungsbewegung auf und war fähig, den Bann auf politische Tätigkeit im Land zu brechen und viele Aktivitäten gegen den Imperialismus anzuführen. Im Jahre 2002 bildete die Neue Linke eine Koalition, die ein 45-Tage langes Sit-in auf dem Märtyrerplatz in Beirut

durchführte und in der Lage war, die Anti-Kriegs-Bewegung gegen die israelische Aggression gegen Jenin und Ramallah anzuführen. In 2003 gelang es der Kampagne "No war - no dictatorships" (Keine Kriege - keine Diktaturen), sowohl das Argument gegen Krieg und Imperialismus als auch das Argument der Volksdemokratie gegen die US-gesteuerte Demokratie zu gewinnen, ähnlich wie es in Ägypten augenblicklich durch die kefaya-Bewegung geschieht. Am 27. Mai 2004 fanden im ganzen Land Massendemonstrationen statt, die sich gegen die soziale und wirtschaftliche Politik sowie den Anstieg der Erdölpreise richteten; daraufhin marschierte die

Gefangen in Israel

Armee in einen der ärmsten Vororte in Süd-Beirut und fing an, mit echter Munition auf die Demonstranten zu schießen und tötete 5 Arbeiter. Nach Hariris Ermordung und der so genannten Revolution ist die sich neu formende radikale Linke in der Lage gewesen, die Argumente zu den Fragen der Klasse und des Sektierertums zu gewinnen und die Fragen zu den wirtschaftlichen Veränderungen zu beantworten, und ihre Beurteilung der augenblicklichen politischen Veränderungen hat sich als richtig erwiesen. Die demokratische Linke, die neuen linken Zentristen, die mit der Regierung verbündet sind, verlieren angesichts radikaler Politik in den Debatten, sie verlieren in den Universitäten die Kontrolle zugunsten radikalerer Politik, und die Führung ist in die Defensive gegangen.

Eine Bewegung ist im Aufwind, und diesmal geht sie von einfachen Leuten aus und deutet auf die Notwendigkeit zu organisieren, mobilisieren und zu agitieren hin. Abwarten war nie eine Antwort und wird es nie sein, die Bewegung im Mittleren Osten hat viele Niederlagen erlitten und ist noch dabei, sich zu erholen, aber gleichzeitig zeigt sie Fortschritte, gewinnt immer mehr an Unterstützung, und diesmal nicht in Mittelklasse-Coffeeshops oder Bars, sondern bei den einfachen Leuten; die Bewegung erkennt immer mehr ihren Platz im Klassenkampf, entwickelt sich von größerer Verstreuung zu immer besserer Organisation und ist sich immer mehr im Klaren über ihre politische Theorie und Aktion.

Bassem Chit ist Atkiv bei Leftist Assembly for Change (Linke Verband für Änderung) in Libanon: Website (auf Arabisch): <http://www.tymat.org>. Übersetzt von Carla Krüger.

Gefangen in Israel

Nabil Rachid

Zwischen 1967 und 2000 befanden sich 675.000 PalästinenserInnen in israelischer Gefangenschaft und zwar für durchschnittlich 333 Tage. Viele befanden sich in "Administrativ Haft", ohne Anklage, ohne Vergehen. Anders gesagt: Eine halbe Million Jahre palästinensischer Leben wurden in israelischen Gefängnissen verbracht. Was mag in einer Gesellschaft passieren, aus der Menschen zu hundertausenden weggesperrt werden? Stellen sie sich eine Bevölkerung von 675.000 Menschen vor, die alle gleichzeitig zu einem Jahr Gefängnis verurteilt werden. Nach israelischem Recht werden bereits 14 jährige Palästinenser als erwachsene betrachtet und oft zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Viele Inhaftierte sind jedoch 12 Jahre alt oder sogar noch jünger.

Israel gibt zu, dass die palästinensischen Gefangenen stark geschüttelt werden, und manche infolge dieses Schütteln gestorben sind.

Im Folgenden sind ein paar Beispiele von den Quälereien in israelischen Gefängnissen genannt

1. Eine Plastiktüte wird über den Kopf gezogen und am Hals gebunden.
2. Der Geistsitz: der Gefangene sitzt für eine lange Zeit über einem kleinen Stuhl, der ca. 25x25cm bis ca30cm hoch ist, mit nach hinten gebundenen Händen.



3. Schlaf- und Essverbot, sowie das tagelange Abspielen von sehr lauter Musik bei sehr starkem elektrischem Lichteinfluss
4. Der Käfigsitz der Gefangene wird in einen sehr kleinen Raum gebracht, wo er weder richtig sitzen noch stehen kann.
5. Es wird kräftig mit harten Materialien auf nackten Körpern geschlagen, sowie Elektroschocks.
6. Schütteln, der Gefangene wird am ganzen Körper sehr stark geschüttelt, so dass manche an dessen Folgen gestorben sind.

Hängematte, der Gefangene wird an einem Seil an die Decke gebunden, ihm gegenüber wird ein anderes Seil mit einem harten Block, meistens zusammen gebundene Bausteine, ebenfalls an die Decke gehangen. Dann werden beide Seile aufeinander zugeschaukelt und losgelassen. Das ist sehr schmerzhaft und anstrengend, für die Psyche ebenso wie für den Körper, da der Körper nicht geschützt ist und die Angst gegen die Steine zu prallen so gross ist, dass manche Gefangene dadurch einen Herzinfarkt bekommen.

7. Israel ist das einzige Land auf der Welt, daß die Anwendung von Folter und Mißhandlung bei der Vernehmung von aus politischen Gründen inhaftierten Personen per Gesetz legalisiert hat. Seit Jahren kritisiert Amnesty international, daß geheime Richtlinien des sogenannten Landau-Berichts von 1987 über den "Allgemeinen Sicherheitsdienst" (GSS) den Einsatz von "gemäßigtem physischen Druck" billigen, was bedeutet, daß in Israel Gefangene während des Verhörs systematisch mißhandelt und gefoltert werden. Seit Oktober 1994 erlaubt ein Sonderministerialausschuß ebenfalls die Anwendung von "erhöhtem physischen Druck" bei Vernehmungen. Das israelische Strafgericht schließt sich der Argumentation des GSS an und unterläßt es, die Anwendung physischer Gewalt gegen Untersuchungsgefangene per einstweiliger Verfügung zu verbieten

Jedes Jahr werden Hunderte von Inhaftierten während der Verhöre unter anderem dadurch gefoltert, daß sie über lange Zeiträume in schmerzhaften Positionen sitzen oder stehen müssen und so am Schlafen gehindert ("Schabeh") oder gezwungen werden, bis zu zwei Stunden lang in der Hocke zu verharren ("Gambas"). Brutales Schütteln der Gefangenen ("Tiltul"), welches zu Hirnschädigungen führen kann und 1995 den Tod eines Häftlings verursachte, wird seit Jahren angewandt und kann vom Leiter des GSS genehmigt werden. Auch müssen Untersuchungsgefangene 24 Stunden am Tag eine Kapuze über dem Kopf tragen und sich gellend laute Musik anhören.



Die inhaftierten Palästinenser werden in Militärlagern und Einrichtungen der israelischen Streitkräfte festgehalten, wobei sich die Armee weigert, ihren Namen und Aufenthaltsort bekanntzugeben. Die Haftbedingungen dort kommen einer grausamen, unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung gleich und verstoßen damit gegen internationale Standards, wie dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und dem UN-Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, zu dessen Vertragsstaaten Israel gehört. Angaben von Freigelassenen zufolge wurden sie von Angehörigen der Streitkräfte bedroht und geschlagen. Man hat ihnen über längere Zeit hinweg Handschellen angelegt, und ihnen in manchen Fällen weder etwas zu essen, noch zu trinken gegeben. Darüber hinaus

wurde ihnen häufig der Gang zur Toilette verweigert. Trotz der kalten Nächte mussten viele der Inhaftierten auf

Gefangen in Israel

kalten Steinplatten schlafen, und die meisten hatte man in der ersten Nacht nicht mit Decken versorgt

Gemäß einer administrativen Haftanordnung kann eine Person in Israel für einen bestimmten Zeitraum ohne Anklage oder Prozess festgehalten

Werden. Die Haftdauer kann beliebig oft verlängert werden, ohne dass eine richterliche Prüfung der Haftgründe erfolgen muss. Amnesty International wendet sich seit Jahren gegen diese Praxis der administrativen Haftanordnung in Israel. Gegenwärtig befinden sich über 1200 Palästinenser auf Grundlage der administrativen Haftanordnung in Israel und den besetzten Gebieten in Gewahrsam.

Angehörige des GSS haben vor Gericht zugegeben, daß Gefangene bei Verhören über lange Zeiträume in schmerzhaften Positionen sitzen oder stehen müssen und so am Schlafen gehindert ("Schabeh") und gezwungen werden, bis zu zwei Stunden lang in der Hocke zu verharren ("Gambas"). Brutales Schütteln ("Tiltul") der Gefangenen, welches zu Hirnschädigungen führen kann, wird seit Jahren angewandt und kann vom Leiter des GSS genehmigt werden.

Im Mai 1998 stellte der Ausschuß der Vereinten Nationen gegen Folter (CAT) fest, daß viele der israelischen Verhörpraktiken als "Foltermethoden" im Sinne der Definition in Artikel 1 des Übereinkommens gegen Folter und andere grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung oder Strafe zu betrachten sind, und forderte Israel auf, diese Verhörmethoden einzustellen. Die israelischen Behörden bestreiten, daß es sich bei den Praktiken um Folter handele. Amnesty International kritisierte diese Praktiken scharf, und Defence for Children International stellte fest, dass von September 2000 bis Juni 2003 zirka 2000 Kinder, viele unter ihnen kaum 13 Jahre alt, verhaftet wurden. In dem Bericht dieser Organisation zum Schutz der Kinderrechte heißt es: "Fast alle gefangenen Kinder berichteten von Folter oder Misshandlungen, ob körperlich (Schläge oder in schmerzhaften Positionen festgehalten zu werden) oder psychologisch (Beschimpfungen, Drohungen oder Einschüchterung)."

Die erwachsenen Gefangenen berichten von weitaus grausameren Foltermethoden. Sie blieben teilweise bis zu sechzig Stunden am Stück an Stuhl gefesselt und durften in dieser Zeit weder essen, trinken noch schlafen. In den "Verhörpausen" wurden sie in winzige Zellen eingesperrt und ständig gestört, so dass sie dort nicht schlafen konnten.

Das Beer-Sheba-Gefängnis hat einen sehr schlechten Ruf, vor allem, weil es zum Großteil aus Zelten besteht, in denen die Wüstenhitze besonders unerträglich ist. Hunderte Insassen durften seit drei Jahren keine Familienbesuche mehr haben und nicht telefonieren. Kranke Gefangene werden nicht behandelt, ihre Folterer nutzen ihre Schwäche oder Schmerzen oft aus. Die Zellen in allen Gefängnissen sind überfüllt. Sogar in den Gefängnissen für Minderjährige sieht es nicht besser aus: Defence for Children zählte in einer fünf Quadratmeter großen Zelle elf Kinder. Für den israelischen Journalisten Gideon Levy sind die menschenverachtenden Zustände in den Gefängnissen Zeichen "unseres moralischen Zerfalls".



Nabil Rachid ist Vorsitzender der palästinensischen Gesellschaft für Menschenrechte und Rückkehrrecht, Deutschland. e.V., Vorsitzender des Dachverbandes der Arabischen Vereine in Deutschland, und Mitglied der Achse des Friedens in Berlin.

Ist Frieden im Nahen Osten möglich?

Nabil Rachid

Wenn man die Korrespondenz zwischen dem jüdischen Lord Walter Rotschild und Paltemore aus dem Jahre 1840 liest "Wenn wir die geographische Lage der arabischen Welt betrachten, ist Palästina die Brücke zwischen Ägypten und den arabischen Ländern in Asien. Allgemein spielt das Land eine massgebende Rolle für die Region, denn sie ist das Tor zum Orient." Oder was

1907 der britische Premierminister Henry Campell - Bannerman festgestellt hat "man muss die arabischen Länder im asiatischen, von denen im afrikanischen Raum trennen. Dieses soll durch eine fremde Menschenmasse, die man in der Region einsiedelt, geschaffen werden, Dieser neue Staat soll einerseits eine Gefahr für die Einwohner der Region sein und andererseits in freundschaftliche Beziehung zu uns stehen."

Oder Herzls Buch "der Juden Staat" liest, gibt man die Palästinenser Recht wenn sie die zionistische Bewegung als Variante des europäischen Kolonialismus betrachten.

Der Zionismus ist eine politische Bewegung der Juden, die auf "nationalistischen" Grundprinzipien beruht. Sein Ziel ist ausschließlich die Herstellung eines politischen jüdischen Staates auf palästinensischen Boden,

Am liebsten ohne ethnischen oder religiösen Minderheiten. Um jeden Preis und mit allen Mitteln wird die Führung aller Juden nach Palästina angestrebt.

Herzl argumentierte, dass die Antwort auf den Antisemitismus darin bestünde, dass die Juden die Länder, in denen sie unerwünscht seien, verlassen und ihren eigenen Staat gründen. Herzls erste Definition des Zionismus war : "einem Volk ohne Land ein Land ohne Volk zu geben" als man ihn darauf aufmerksam machte, dass Araber in Palästina lebten, nahm Herzl es als selbstverständlich an, man müsse sie halt einfach loswerden. Im Juni 1895 schrieb er: " Wir werden versuchen, die mittellose Bevölkerung über die Grenzen zu zaubern, indem wir Arbeitsstellen für sie in den Transitländern finden und zugleich ihnen jede Anstellung in unserem eigenen Land vorenthalten"



Zionistische Pläne, die palästinensische Bevölkerung in andere Länder zu "transferieren", seien 1948 in eine Strategie der Vertreibung umgesetzt worden. Durch im April bis Mai 1948 verwirklichte Strategie der "Hagana" namens "Plan D" ("Tochnit Dalet")

Was hat sich verändert in der israelischen Politik?

Wieso jetzt will Sharon einen palästinensischen Staat gründen? Sogar George W. Bush redet von zwei Staaten Lösung. Die Frage ist, wie soll dieser Staat aussehen? Soll er aus Dörfern, Städten und den Verbindungsstrassen bestehen?

Kann ein Staat nur aus Tunneln, Brücken und Bantustans bestehen?

Um Frieden im Nahen Osten durch zwei Staaten Lösung zu schaffen müssen die Flüchtlinge, die Jerusalem Frage, die Siedlungen, die natur Ressourcen und die Mauer Probleme gelöst werden.

Flüchtlinge

Ist Frieden im Nahen Osten möglich?

Von allen Fragen, im Nahost Konflikt ist das Schicksal der Flüchtlinge die schwierigste

Die Flüchtlingslager sind wie offene Wunden - solange sie nicht kuriert werden, kann es keine dauerhafte Friedenslösung in der Region geben

Die bedeutendste Tatsache über die Palästinenser ist nicht allein ihre Vertreibung in Folge des Krieges von 1948, sondern die andauernde und systematische Umsiedlung.

Die Palästinenser leiden unter einer tief sitzenden Angst vor der Entwurzelung, vor der Vertreibung",. "Für sie heißt Frieden vor allem eines: dass man sie nicht vertreiben kann.

Das Problem der Flüchtlinge hat sich auf die "Gastländer" erweitert da sie eine Integration bzw. Einbürgerung der Flüchtlinge bei sich ablehnen, mit der Behauptung dass es ihren staatlichen Aufbau verändern bzw. durcheinander bringen würde wie in Libanon wenn ca. 450,000 Sunniten eingebürgert werden, dann werden sich die Zahlen der Sunniten drastisch erhöhen und damit ihr Anspruch auf mehr Plätze in der Regierung gerechtfertigt.



Außerdem ist es absurd zu denken, dass die Rückkehr der Flüchtlinge die Struktur des israelischen Staates ändern würde, da keiner genau weiß wie viele Flüchtlinge zurückkehren werden.

Die Zionisten haben immer Probleme die Palästinenser zu definieren:

Goldameier hat behauptet: es gäbe kein palästinensischen Volk, obwohl ein blick durch Fenster sie vom Gegenteil hätte überzeugen können.

Menachem Begin hat die Existenz ein palästinensischen Volkes anerkannt zugleich aber erklärte: Es gäbe keine Besatzung.

Scharon hat anerkannt dass es ein palästinensische Volk und israelische Besatzung gibt, aber er findet keine Palästinenser mit denen er verhandeln könnte.

Der Zionismus hat versucht die Geschichte zu "vergewaltigen", indem nicht über die Palästinenser bzw. palästinensischen Geschichte erzählt wurde, nein, laut den Zionisten hat die Geschichte zwischen 70 n.Chr. und 1948 in Palästina Pause gemacht. Dieser "Tunnelblick" kennzeichnet die israelische Historiographie bis in den 80ern.

Selbst heutzutage hält sich die Legende, dass es die Palästinenser nie als ein Volk ist, dass es Palästina nie als eine zusammenhängende geografische Einheit gegeben habe, und dass das Land leer gewesen sei. Die Verleugnung der Palästinenser ist eine völlige Entmenschlichung eines ganzen Volkes.

Die Zahl der Flüchtlinge beläuft sich z.Z. auf ca. 4.6 Millionen.

In Jordanien leben 1.5 Mil. In Israel 250.000, in Libanon 423.000 in Ägypten 26.000, in Syrien ca. 500.000, ca. 800.000 leben in Gaza, ca. 700,000 in Westbank.

Die Siedlungen

Seit 1967 hat Israel ca. 220 Siedlungen mit ca. 280.000 Einwohnern in Westbank gebaut, kommen noch 220.000 Siedler in Jerusalem und Umgebung dazu.

Ungeachtet der UN Res. Und die Genfer Konvention, die alle die Siedlungen für illegal erklären, geht Israel mit dem Bau weiter.

Die Mauer

Die Mauer teilt die Westbank in 4 voneinander getrennten Inseln.

Der internationale Gerichtshof in Den Haag (ICJ) Urteil über die Mauer erging im Juli 2004. Darin stellt der ICJ fest, der Mauerverlauf sei ein eklatanter und ernstzunehmender Verstoß gegen internationales Recht. Das Gericht geht noch weiter, es weist auf die Gefahr "einer weiteren Änderung in der demographischen Zusammensetzung" hin. "als Resultat des Verschwindens der palästinensischen Bevölkerung aus bestimmten Regionen" (Par.122).

Glauvt man den Daten der Vereinten Nationen werden 237000 Palästinenser zwischen Mauer und "Grüner Linie" in der Falle sitzen. 160.000 Menschen werden von ihrem Land abgeschnitten sein.

Was soll aus all diesen Menschen werden? Aus Bauern die ihr Land verlieren, aus Eingeschlossene, die abgeschnitten sein werden von Familie und Erwerbsquelle? Wie lange wird es ihnen unter solchen Bedingungen noch gelingen, in Dörfern auszuharren, die zu Gefängnissen werden?

Natur Ressourcen



Wussten sie, dass Israel 90% des Wassers für Juden zuteilt und restliche 10% unter allen Palästinensern in den Gegenden geteilt wird? Z.B. in Hebron, ungefähr 400 Siedler wird 85% des Wassers gegeben, während 15% unter Hebrons 120.000 Palästinensern geteilt werden müssen?

Israel entnimmt das Wasser fast vollständig aus dem Reservoirs, so dass für die palästinensische Bevölkerung oftmals nur das stark salzhaltige Meerwasser in den Böden verbleibt.

Die Siedlungen allein verbrauchen 90% des palästinensischen Wassers. Ein Siedler verbraucht im Jahresdurchschnitt ca. 500m³

Wasser, ein Palästinenser muss mit 100m³ auskommen.

Die Palästinenser müssen mehr als den dreifachen Preis für das Trinkwasser, was aus palästinensischen gebiet stammt, an Israel bezahlen.

Die Siedler zahlen 40 Cents für 1 m³ Wasser, dafür zahlen die Israelis 60 Cents in Westbank zahlen die Palästinenser €1.20.

Durch Annexion und mutwillige Zerstörung fruchtbaren Landes sowie durch Verlust von Wasserressourcen 46% der Nahrungsmittelproduktion für die Palästinenser dauerhaft verloren gehen.

Jerusalem

Presseerklärung: Rot-Grün finanziert Aufrüstung in Nahost

3500 Wohneinheiten östlich von Jerusalem und westlich der israelischen Großsiedlung Maale Adumim mit ihren 32000 Einwohnern haben die Israelis in den letzten Monaten errichtet. Damit wurde Jerusalem von den anderen palästinensischen Gebiete getrennt.

Doch der so genannte Friedensfahrplan hat den Palästinensern einen zusammenhängenden Staat in Aussicht gestellt. Territoriale Kontinuität, lasse sich nicht mit Brücken und Tunneln herstellen. Je enger der Ring der israelischen Siedlungen sich um die Stadt schließt, desto schwerer wird es in künftigen Verhandlungen durchzusetzen sein, dass daraus die Hauptstadt eines palästinensischen Staats wird.

Ein normaler Staat hat bestimmte Merkmale, er besteht aus Grenzen, Bevölkerung und Naturressourcen, aber in Palästina sind diese Voraussetzungen teilweise nicht vorhanden.

Außerdem, geht man in Israel dazu über, sich jede Einmischung von Außen in die Frage der Palästinenser zu verbieten, weil sie das Problem als ihre eigene innere Angelegenheit betrachten.

Jemand der ein Problem lösen will, verhält sich normalerweise anders.

Presseerklärung: Rot-Grün finanziert Aufrüstung in Nahost

Norman Paech MdB

Mit der Genehmigung zur Ausfuhr von zwei "Dolphin"-U-Boote nach Israel hat Rot-Grün in seinen letzten Stunden im Amt einen gefährlichen Beitrag zur Aufrüstung im Nahen Osten geleistet.

Es ist skandalös, dass der unverantwortliche U-Boot-Deal auch noch mit Bundesmitteln in Höhe von über 300 Mio. Euro subventioniert werden soll.

Mehr Schutz werden die zwei U-Boote auch Israel nicht bringen. Statt Waffenexporte zu fördern, sollte es Aufgabe jeder deutschen Bundesregierung sein, sich für Abrüstung und Gewaltverzicht in der Region einzusetzen und die Gelder für konstruktive Projekte des Friedens zwischen Israelis und Palästinensern zu verwenden.

Die Bereitschaft der Bundesregierung, Israel durch den U-Boot-Export mit potenziellen Abschussbasen für seine Atomwaffen auszustatten, schwächt die deutsche Position im Konflikt um das iranische Atomprogramm.

Auch die Anfang November erfolgte Zustimmung zum Verkauf von 298 Leopard-II-Panzern an die Türkei trägt angesichts der militärischen Operationen in den kurdischen Gebieten nicht zur Lösung sondern nur zur Verschärfung der dortigen Spannungen bei.

Es ist kein ermutigendes Zeichen für die zukünftige Außenpolitik von Bündnis 90/ Die Grünen, dass sich ihr Außenministers Joschka Fischer mit der Zustimmung zu einem so heiklen Waffenexport aus dem Amt verabschiede

Norman Paech ist der außenpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE.



Bericht von der dritten Kairo-Konferenz (März 2005)

Regina Sternal

Hintergrund der Kairo-Konferenz

Die erste Kairo Konferenz wurde im Dezember 2002 von ägyptischen Antikriegsgegnern und Antikapitalisten organisiert, als klar war, dass die US-Regierung den Angriffskrieg gegen den Irak vorbereitete. Die zweite Konferenz fand im Dezember 2003 nach der Besetzung des Iraks statt. Während bei der ersten Konferenz 400 Delegierte aus 20 Ländern teilnahmen, versammelten sich bereits bei der zweiten Kairo-Konferenz 1000 Teilnehmer.

Neben prominenten Kriegsgegnern aus Ägypten wie dem Regisseur Yussuf Schahin und Nabil El Helaly fanden sich unter den Teilnehmern auch Ahmed Ben Bella, der erste Staatspräsident Algeriens und einst Anführer des Widerstandes gegen die französische Kolonialmacht, Ramsey Clark, ehemaliger Generalstaatsanwalt/ Justizminister der USA und Begründer des International Action Center, Christoph Aguition von Attac Frankreich sowie Hans von Sponeck und Denis Halliday, die unter Protest zurückgetretenen Leiter des UNO-Hilfsprogramms für den Irak.

Beide Konferenzen haben einen wichtigen Beitrag geleistet, unterschiedliche Aktivisten mit unterschiedlichen politischen Traditionen auf eine Plattform für gemeinsame Aktivitäten wie z.B. den 15. Februar und 20. März zu vereinen. Ferner stellten die Konferenzen einen wichtigen Schritt dar, die linken demokratischen und antiimperialistischen Kräfte im arabischen Raum zu stärken.

Dritte Kairo-Konferenz 2005



"Der Kampf zwischen dem Widerstand in Irak und Palästina und den Kräften des Imperialismus geht weiter", sagt Abdel Aziz al-Husseini der Bewegung für Würde, einer arabischen nationalistischen oppositionellen Gruppe in Ägypten. "Das ist jedoch weder ein Kampf allein für die Iraker oder die Palästinenser noch für die Araber. Dieser Kampf betrifft die gesamte Menschheit - gegen das US-Imperium und die kapitalistische Globalisierung."

"Unsere Bewegung kann nicht innerhalb einer Gesellschaft gewinnen, sondern nur international" (Mamdouh Habashi, Mitorganisator der Kairo-Konferenz und Mitglied der anti-globalisation Egypt Group - AGEG)

Für mich besteht ein wichtiger Erfolg der Kairo-Konferenz in ihrer Internationalität sowie in der politischen Breite der Teilnehmer. "Die westliche und die arabische Welt waren so lange aufgrund des Kolonialismus voneinander getrennt", so Phil von der "Stop the war coalition" aus England. "Mein Vater war bereits 1944 hier - jedoch nicht als Teil einer Solidaritätsbewegung sondern als Soldat der englischen Kolonialtruppen. Durch die Kairo Konferenz haben wir die Chance, dass wir endlich zusammen kommen und uns nicht mehr spalten lassen."

Über 1000 Kriegsgegner und Antikapitalisten aus Palästina, Irak, Syrien, Marokko, Jordanien, Senegal, Iran, Thailand, Südafrika, Süd-Korea, Australien, Kanada, USA, Griechenland, Türkei, Irland, England, Dänemark, Norwegen, Frankreich, Spanien, Österreich und Deutschland drängten sich bereits auf der Eröffnungsveranstaltung. Wegen der wachsenden Widerstandsbewegung in Ägypten haben sich dieses Jahr

Bericht von der dritten Kairo-Konferenz (März 2005)

mehr Aktivisten vor Ort beteiligt: Islamische, bürgerliche, nasseristische, sozialistische Aktivisten, Gewerkschafter und Bauernvertreter.

Absolut beeindruckend und herausragend waren für mich die Berichte und Analysen der irakischen Delegierten über die aktuelle Situation im Irak und den Widerstand. Folgende Delegierte kamen aus dem Irak: Scheich Hassan Al-Sarkani. (Sprecher des schiitischen Geistlichen Al-Sadr. Sadrs Bewegung hat im April 2004 einen Aufstand gegen die Besetzung begonnen. Die Besatzer suchen Scheich Al-Sarkani mit Haftbefehl, seitdem lebt er im Exil im Libanon.), Dr. Salam Ismail (Arzt aus Falluja, der während des Angriffs in der Stadt war) und Scheich Madschid Al-Gaud (stellvertretender Generalsekretär der Irakischen Front der Intellektuellen. Diese Gruppe hat am 13. November 2003 große Demonstrationen für das Ende der Besetzung von Ramadi nach Bagdad organisiert).

Zentrale Themen der Konferenz waren die Besetzung des Iraks und Palästinas sowie die anwachsenden Demokratiebewegungen im arabischen Raum. In workshops und Diskussionsforen standen folgende Fragen im Zentrum: Wie können wir unsere gemeinsamen Anstrengungen im Widerstand gegen den Imperialismus sowohl in seiner wirtschaftlichen wie auch in seiner militärischen Form ausweiten und intensivieren? Wie können wir den Widerstand im Irak und Palästina konkret unterstützen. Wie können wir die wachsenden Bewegungen im arabischen Raum gegen Besetzung und neoliberale Globalisierung unterstützen und uns besser vernetzen?

Der Nahe Osten steht auf

"Ägyptische oppositionelle Aktivisten haben jetzt viel mehr Selbstbewußtsein als früher, ihre Forderungen auf die Straße zu tragen", erzählt Yehia Fikri vom Organisationskomitee der dritten Kairo Konferenz, Centre for Socialist Studies. Für mich hat die Kairo-Konferenz ganz deutlich gezeigt, dass im Nahen Osten eine Bewegung heranwächst und sich die politische Krise der herrschenden Regierungen verschärft.



In verschiedenen Redebeiträgen wurde immer wieder von ägyptischen Aktivisten betont, dass die Menschen in Ägypten Kraft aus den weltweiten Antikriegsdemonstrationen gewonnen haben. Während am 15.02. in Kairo zweihundert Menschen demonstrierten, gingen nach den großen weltweiten Demonstrationen in Kairo am 21. März 2003 bereits Zehntausende auf die Straße.

Während bei der zweiten Kairo-Konferenz noch das Konferenzgebäude von Militär umstellt wurde als der ägyptische Aktivist Kamal Khalil als einziger in einem Redebeitrag die Regierung Mubarak mit den Worten angriff, "Wir brauchen eine Welt nicht nur ohne Bush und Sharon, sondern auch ohne Mubarak" drückten dieses Jahr verschiedene Redebeiträge ganz offen ihre Wut über die ägyptische Militärdiktatur aus.

Die dritte Kairo-Konferenz endete dieses Jahr trotz eines massiven Aufgebot an Sicherheits- und Polizeikräften mit einer Demonstration vor dem Konferenzgebäude. Mit Slogans forderten die Aktivisten den Sturz des ägyptischen Staatschefs Hosni Mubarak sowie von Kriegstreiber George W. Bush und Tony Blair. Immer wieder riefen sie "Kifaja" (Es reicht!) und forderten Änderungen in allen Bereichen der ägyptischen Gesellschaft.

Die Wut über den US-Imperialismus, die Besetzung des Iraks sowie die Vertreibung und Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung weitete sich aus in eine direkte Opposition gegen das eigene herrschende ägyptische Regime - gegen Korruption, Ausbeutung und Unterdrückung. Am 12. Dezember 2004 organisierte

zum ersten Mal seit Jahrzehnten die ägyptische Opposition (bestehend aus Nasseristen, den Muslimbrüdern und Sozialisten) eine Demonstration, die sich direkt gegen Mubarak richtete.

Weiterhin hat mir die Kairo Konferenz deutlich gemacht, dass sich nicht nur der arabische Raum aufgrund der internationalen Proteste bewegt - Auch Europa verändert sich. So bedankte sich ein spanischer Delegierter bei den Teilnehmern für die Antikriegsdemonstrationen in ihren jeweiligen Ländern. "Ohne eure Demonstrationen und euren internationalen Widerstand gegen die Besatzung hätten wir die spanische Regierung nicht stürzen können."

In England haben die weltweiten Proteste gegen den Irakkrieg Blairs politische Krise vertieft und Raum für eine politische Alternative eröffnet. George Galloway, der wegen seinen Aktivitäten gegen den Irakkrieg aus der Labour Party ausgeschlossen wurde tritt bei den englischen nationalen Wahlen als Gegenkandidat an.

Bewegung für Demokratie, die Menschen dient - "Kifaja"- "Es reicht!"

"Bush redet davon, Demokratie im Nahen Osten verbreiten zu wollen", sagte Marwana, ein junger Rechtsanwalt, der verhaftet wurde, als er auf der Kairoer Büchermesse Flugblätter für "Kifaja" verteilte. "Aber wir kennen seine Demokratie: Sie dient den USA. Wir wollen eine Demokratie, die den Menschen dient." In Ägypten haben Aktivisten eine Kampagne mit dem Titel "Kifaja" (Es reicht!) gestartet, die echte Demokratie fordert.



Sie steht für ein Ende der Militärdiktatur unter Mubarak und eine Amtsweitergabe an seinen Sohn. "In Ägypten wächst der Widerstand", erzählt Dina, die in der ägyptischen globalisierungskritischen Bewegung (AGEG) aktiv ist. "Die Mehrheit der Ägypter will ein Ende der Korruption, die dazu führt, dass Milliarden von Dollar von den Vertretern des Staates und ihrem Anhang eingesackt werden. Wir wollen, dass die Notstandsgesetze abgeschafft werden, die benutzt werden, um die Menschen niederzuhalten. Wir wollen, dass die Gesetze abgeschafft werden, die unabhängige politische Organisationen und Gewerkschaften sowie öffentliche Versammlungen verbieten. In den letzten 24 Jahren hat der Staat über 20.000 Menschen umgebracht. Folter ist

Alltag unter Mubaraks Regime."

Die Demokratiebewegung wurde durch einen Aufschwung von Kämpfen von ägyptischen Bauern und Arbeitern verstärkt. Im Anschluss an die Kairo Konferenz habe ich gemeinsam mit Delegierten aus Australien, Thailand, Griechenland und Christoph Aguition von Attac Frankreich die Arbeiter der Asbestfabrik "Ora-Misr" besucht.

Seit 5 Monaten besetzen sie ihre Fabrik. 8 Arbeiter sind bereits an den gesundheitlichen Folgen der Asbestverarbeitung gestorben. Viele Kollegen befinden sich zur Zeit im Krankenhaus. Fast alle sind erkrankt. Die Arbeiter kämpfen zum einen um die Auszahlung ihrer seit September einbehaltenden Löhne. Zum anderen fordern sie von der Regierung finanzielle Entschädigung für ihre Arbeitserkrankungen. Damit die Asbestarbeiter weiter streiken können, benötigen sie Solidarität: politischen Druck sowie finanzielle Unterstützung.

Zunehmend verschmelzen in Ägypten politische Proteste und der Widerstand gegen Neoliberalismus. Aktuell organisiert z.B. das ägyptische globalisierungskritische Netzwerk (AGEG) eine Kampagne gegen Qiz (qualified Industrial Zones).

Das Freihandelsabkommen zwischen Ägypten, den USA und Israel sieht vor, dass ägyptische Produkte, die in

Bericht von der dritten Kairo-Konferenz (März 2005)

die USA exportiert werden, zukünftig mindestens 11% israelische Bestandteile besitzen oder, dass mindestens 11% der ägyptischen Firmen an israelische Eigentümer übergeben werden müssen. Die ägyptischen Aktivisten stellen sich gegen die willfährige Haltung der ägyptischen Regierung gegenüber dem US-Imperialismus, der Israel in der Region in seinem Dienste als wichtige imperialistische Macht sowohl militärisch als auch wirtschaftlich aufbaut.

Solidarität mit dem Widerstand

"Das, was den Menschen im Irak von den Besatzern angetan wird, möchte ich nicht, das es noch weiteren Menschen in anderen Ländern angetan wird", so der irakische Arzt Dr. Salam Ismail. Ohne den irakischen Widerstand und die internationalen Antikriegsproteste sei sicher, dass Bush in weitere Länder wie Kuba, Iran oder Syrien einmarschiert wäre.

"Die Lage unter der Besatzung ist sehr schwierig", erklärt Scheich Hassan Al-Sarkani. "Menschenrechte sind überall bedroht. Tod oder schwere Verletzungen sind eine andauernde Gefahr für unschuldige Menschen - Kinder und Alte, Männer und Frauen. Millionen sind arbeitslos, es gibt keine Sicherheit, öffentliche Dienste gibt es nicht mehr, Strom ist ein Traum. Gesundheit ist ein Märchen.



Jeder Teil des Lebens im Irak steckt in der Krise. Wir haben Saddams Unterdrückung abgelehnt, warum sollten wir mit einer Besatzung einverstanden sein, die noch schlimmer für die Iraker ist?" Immer wieder betonten die irakischen Teilnehmer, dass der irakische Widerstand nicht in Sunna und Schia spaltbar sei. Es könne nur einen gemeinsamen Widerstand für einen gemeinsamen freien Irak geben.

"Wir hören viel über Probleme zwischen sunnitischen und schiitischen Muslimen" berichtet Scheich Madschid Al-Gaud. "Aber das sind Lügen. Iraker sind schon immer eine Mischung aus verschiedenen Religionen und Volksgruppen gewesen. Wir haben keine Probleme mit unseren Brüdern. Schiiten und Sunniten sind eins. Wir haben auch kein Problem mit Kurden, Christen oder Turkmenen. Es gibt nur einen Unterschied zwischen den einfachen Schiiten und den exilierten, die mit den US-Panzern eingezogen sind."

In der Abschlusserklärung sprechen sich die Teilnehmer der dritten Kairo-Konferenz für die bedingungslose Solidarität mit dem irakischen und palästinensischen Widerstand aus und betonen die Notwendigkeit, den Widerstand aktiv in allen möglichen Formen, ob politisch, materiell oder moralisch zu unterstützen. Scheich Madschid Al-Gaud erklärte in diesem Zusammenhang, "dass wir gegen die Verbrechen protestieren, die im Irak geschehen sind wie die Geselnahme von Journalisten, welche das aktuelle Bild des Irak und seiner Hauptstadt Bagdad verzerren, die als "Dar-Al-Salam" bekannt ist: Das Haus des Friedens."

Als wichtige Ziele werden benannt, die Bewegung gegen Krieg und Imperialismus mit der internationalen Bewegung gegen Globalisierung zu verbinden. Ferner soll die Koordination sowie Solidarität zwischen der arabischen Bewegung für Freiheit und Demokratie und der westlichen Bewegung intensiviert und erweitert werden.

Internationale Aktivitäten & nächste praktische Schritte gegen die Besatzung im Irak

Ich habe versucht, einige praktische Aktivitäten bzw. Aktionsvorschläge zu sammeln. Diese Aufzählung besitzt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Fünf politische Hauptstränge verfolgten die Kampagnen gegen die

Besatzung in den einzelnen Ländern:

Information und Aufklärung

Lindsey German, die Sprecherin der Stop the war coalition in England betonte, dass es zentrale Aufgabe der Antikriegsbewegung sei, "über die Realität der Besatzung zu sprechen und die Wahrheit über den Widerstand zu verbreiten. Wir müssen uns dagegen wehren, dass der Widerstand im Irak pauschal als Terrorismus diskreditiert und als isoliert dargestellt wird. Die Anzahl der Widerstandskämpfer im Irak ist größer als die Anzahl der Besatzungssoldaten. Und das ist genau die Schwierigkeit vor der Bush und Blair stehen. Wir können Geld sammeln und Sachen spenden - Das wichtigste Ziel all unser Aktivitäten ist und bleibt, dass die Truppen abziehen!" In Griechenland wird der irakische Arzt Dr. Salam Ismail eine Rundtour machen und über die Greultaten in Falluja berichten.

In den Ländern, wo die Regierungen militärisch nicht direkt vor Ort beteiligt sind, laufen Kampagnen gegen die eigenen Regierungen, die die Besatzung militärisch und politisch unterstützen.

In Irland läuft z.B. eine Kampagne gegen den Militärflughafen Shannon. Während des Kriegs gewährte die irische Regierung dem US-Militär Überflugrechte. Nachdem hohe US-Investitionen nach Irland flossen wurde im Gegenzug Shannon zum wichtigsten US-Militärflughafen in Europa ausgebaut und löste Stuttgart ab. In Griechenland und Kanada laufen Kampagnen gegen die eigenen Regierungen, irakische Polizei und Militär auszubilden.

Kampagnen, die sich gegen das Demokratieverständnis der Herrschenden richten und aufzeigen. Sowohl im Irak als auch bei uns reden die Herrschenden von einer Demokratie, die den Konzernen und nicht den Menschen dient.



In England läuft eine Kampagne für Demokratie und gegen staatliche Repressionen. Vor Kurzem wurden in England neue Gesetze verabschiedet, die politische Aktivisten und speziell ausländische Mitstreiter einschüchtern sollen: Hausarrest, Verbot zu Hause elektronische Geräte wie z.B. Computer, Internet oder Handy zu benutzen. In den USA ziehen die Aktivisten die Verbindung der undemokratischen Wahlen im Irak und in den USA.

Kampagnen, die Verbindungen zwischen Bushs neoliberalen Projekt im Irak und den sozialen Angriffen der herrschenden Regierungen vor Ort aufzeigen.

In den USA fordern die Aktivisten: Gelder für Soziales anstatt für Krieg und Besatzung.

Kampagnen, die desertierte Soldaten unterstützen und Kontakt zu Familienangehörigen von Soldaten aufnehmen

In den USA werden wöchentlich Protestaktionen vor den Rekrutierungszentren organisiert. Es laufen Kampagnen mit US-Veteranen aus dem Irak und Angehörigen Soldaten, die im Irak starben. In Kanada organisieren die Aktivisten Unterstützung für desertierte Soldaten aus den USA.

Regina Sternal ist Mitglied der Achse des Friedens in Berlin.